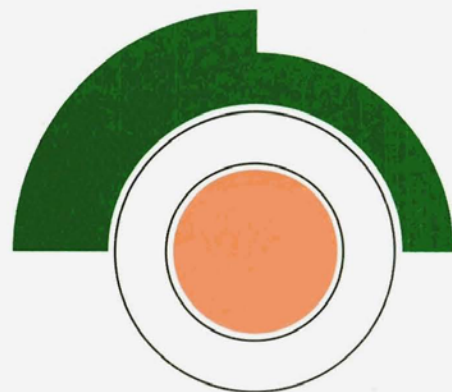


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 5



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 14. 3. 1995

WORT UND WIDERWORT

Sollen Studierende künftig Studiengebühren entrichten?

Mit ihrer entschiedenen Ablehnung der Einführung von Studiengebühren hätten Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion zu keiner Zeit zurückgehalten. Für Sozialdemokraten bleibe verbindliche Orientierungsgröße die Gerechtigkeit der Bildungschancen sowie das Prinzip solidarischer Finanzierung. Hochschulpolitik müsse auf den steigenden gesellschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften reagieren. Das erklärte der SPD-Abgeordnete **Karl Schultheis**. Der CDU-Abgeordnete **Professor Dr. Horst Posdorf** betont, das Ziel über Studiengebühren zu einer Verkürzung der Studienzeiten zu gelangen, könne unter den derzeitigen Rahmenbedingungen an den Hochschulen nicht erreicht werden. Insofern würde es überhaupt erst Sinn machen, über einen finanziellen Beitrag der Studierenden zu reden, wenn man Rahmenbedingungen schaffe, die einen Studienabschluß innerhalb der Regelstudienzeiten ermöglichen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Joachim Schultz-Tornau** meint, die F.D.P. zeige mit ihrem Konzept der Studienschecks einen Weg zur Studienfinanzierung auf, der sozial gerecht sei sowie Gebührenerhebungen überflüssig mache. Über ein normales Studium hinausgehende Studien seien nicht mehr Sache des Staates, sondern Angelegenheit jedes einzelnen. Die hierfür benötigten Studienschecks seien käuflich zu erwerben. Der GRÜNE-Abgeordnete **Dr. Michael Vesper** unterstreicht, aus grüner Sicht seien Studiengebühren kein geeignetes Instrument, um die Situation an den Hochschulen zu verbessern. Die immer wieder aufgewärmte Debatte über ihre Einführung führe nur dazu, studierwillige Menschen bereits im Vorfeld abzuschrecken, anstatt die wachsende Studierbereitschaft positiv zu werten. (Seite 2)

Beim Offenen Kanal im Lokalfunk wenig Mißbrauch

Bürgerfunk sinnvoll integriert

Beim integrierten Bürgerfunk, dem Offenen Kanal im lokalen Rundfunk, gibt es kein generelles Problem des Mißbrauchs. Darauf hat die stellvertretende Direktorin der Landesanstalt für Rundfunk, Sabine Hadamik, bei einer Anhörung des Hauptausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) zum 7. Rundfunkänderungsgesetz verwiesen.

Frau Hadamik erklärte, inzwischen seien 60.000 Beiträge über den Äther gegangen. Davon seien nur 214 strittig gewesen. Das entspreche 0,4 Prozent. Von dieser Zahl habe sich noch die Hälfte der Zurückweisungen als unberechtigt herausgestellt.

Die LfR-Sprecherin äußerte die Bitte, der Gesetzgeber solle den Begriff des Bürgerfunkbeitrages definieren. Der Bürgerfunkbeitrag sollte nicht aus Musikbeiträgen bestehen, sondern von den Gruppen eigenhändig und für das jeweilige Verbreitungsgebiet originär gestaltet sein.

Der Sprecher des Interessenvereins Gemeinnütziger Rundfunk in NRW, Christoph Schaeffler, nannte die Integration des Bürgerfunks in den Lokalfunk sinnvoll. Nur

so sei er nicht im Ghetto verschwunden. Man komme mit gesellschaftlichen Randgruppen an einem Tisch zusammen. (Bericht folgt)



Rein saisonalmäßig

Die Woche im Landtag

Frauentag

600 Frauen aus Nordrhein-Westfalen sind der Einladung von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zum Internationalen Frauentag gefolgt. (Seite 3)

Klimaschutz

Über den NRW-Beitrag zum Klimaschutz informierten Energie- und Umweltexperten den Wirtschaftsausschuß in einer Anhörung. (Seite 4)

Korruption

Maßnahmen gegen ein Anwachsen der Vorteilsnahme im öffentlichen Dienst standen im Mittelpunkt einer Anhörung des Innenausschusses. (Seite 5)

Transparenz

Bei einer Debatte über die Fernsehlandschaft von heute wurden Forderungen nach Transparenz und Konzentrationsregelungen laut. (Seite 12)

Tierschutz

Tiere sind Mitgeschöpfe an der Seite des Menschen, und Tierschutz sollte Verfassungsrang haben. (Seite 13)

Hochwasser

Der Landtag hat länderübergreifende und eigene Maßnahmen gegen das immer öfter auftretende Hochwasser gefordert. (Seite 17)

Zeichnung: Bernd Gutzeit (Westfälische Rundschau)

WORT UND WIDERWORT

Studienzeiten würden sich automatisch verlängern

Von
Karl Schultheis

Mit ihrer entschiedenen Ablehnung der Einführung von Studiengebühren haben Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion zu keiner Zeit zurückgehalten. Dies belegt auch unser am 16. März 1993 an derselben Stelle veröffentlichter Beitrag. Die SPD-Landtagsfraktion weiß sich — bis auf eine Ausnahme — mit sämtlichen SPD-Bildungspolitikern und -politikerinnen auf Bundes- und Länderebene darin einig, daß Studiengebühren für die betroffenen Studierenden absolut unzumutbar und für die Hochschulen der falsche Weg sind, sich zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Für uns Sozialdemokraten bleibt verbindliche Orientierungsgröße die Gerechtigkeit der Bildungschancen sowie das Prinzip solidarischer Finanzierung. Hochschulpolitik muß auf den steigenden gesellschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften reagieren.

Die Befürworter von Studiengebühren, allen voran die Landesrektorenkonferenzen in Baden-Württemberg und Bayern, der konservative Bund „Freiheit der Wissenschaften“ sowie der Wissenschaftsrat, müssen sich

SPD: Der Maßstab sind gerechte Bildungschancen

entgegenhalten lassen, daß dies die Chancengleichheit beim Hochschulzugang zu Lasten der aus sozial-schwachen Familien kommenden studierwilligen und -befähigten jungen Menschen beseitigt und direkt auf eine verschärfte soziale Selektion zugunsten der finanziell Bessergestellten abzielt. Mit Recht hat Wissenschaftsministerin Anke Brunn darauf hingewiesen, daß der Anteil der Studierenden aus Familien mit einem Nettoeinkommen unter 3 000 Mark in den vergangenen Jahren aufgrund der rigiden Spareingriffe der Bundesregierung beim BAföG ohnehin von 19 auf 14 Prozent gesunken ist.

Aus dem Munde von Hochschulrektoren entbehrt die Forderung nach Einführung von Studiengebühren nicht eines gewissen zynischen Beigeschmacks, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich als Folge davon die Studienzeiten automatisch verlängern, weil einerseits viele Studierende dann mehr noch als zuvor nebenher arbeiten müßten, andererseits aber auch gewichtige Ursachen für längere Studienzeiten und hohe Studienabbruchsquoten in der von den Studierenden nicht zu verantwortenden Studienorganisation der Hochschulen selbst liegen. Hier kann nur die von den Hochschulen zügig zu leistende Studienreform weiterhelfen und nicht der Ruf nach höheren Kosten für die Studierenden.

Von
Professor Dr. Horst Posdorf

Sollen Studierende künftig Studiengebühren entrichten?

Die Antwort lautet eindeutig und unmißverständlich NEIN.

Die Diskussion, die jüngst von dem Bildungsexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Glotz — der sich für Studiengebühren aussprach — erneut angestoßen wurde, ist losgelöst von der allgemeinen Hochschulsituation und ihren Problemen unsinnig. Das Ziel, über Studiengebühren zu einer Verkürzung der Studienzeiten zu gelangen, kann unter den derzeitigen Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen nicht erreicht werden.

Insofern würde es überhaupt erst Sinn machen, über einen finanziellen Beitrag der Studierenden zu reden, wenn man an den Hochschulen unseres Landes Rahmenbedingungen

CDU: Antwort lautet eindeutig Nein

schafft, die einen Studienabschluß innerhalb der Regelstudienzeiten ermöglichen. Eine Studienzeitverkürzung erreicht man jedoch nur durch eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelation, verbesserte räumliche Ausstattung der Universitäten und Fachhochschulen, durch eine weitere Entschlackung des Studiums, mehr Autonomie der Hochschulen und studienangabezogene Eignungsprüfungen.

Der Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion kuriert — ohne Aussicht auf Erfolg — lediglich an den Symptomen, ohne die eigentlichen Ursachen für die im europäischen Vergleich langen Studienzeiten zu beseitigen.

Man darf die Verantwortung für die Überlast an unseren Hochschulen nicht dem schwächsten Glied in der Kette — den Studenten — anlasten.

Deshalb wird sich die CDU auch zukünftig gegen die Einführung von Studiengebühren an staatlichen Hochschulen aussprechen.

Von
Joachim Schultz-Tornau

Wer Gebühren verlangen will, muß eine adäquate Gegenleistung erbringen. Solange aber

- für zwei Studierende nur ein Studienplatz zur Verfügung steht,
- Professorenstellen und Stellen im akademischen und anwendungsbezogenen Mittelbau fehlen,
- Labor- und Praktikplätze nicht in ausreichender Zahl vorzufinden oder
- Bibliotheken von den Ausleihkapazitäten und Öffnungszeiten her nicht optimal zu nutzen sind,

wäre die Erhebung von Gebühren den Studierenden gegenüber nicht fair.

Auf der anderen Seite wird die Zulassung zum Studium ohne Gebühren mit staatlicher Ausbildungsförderung nicht immer so verstanden, daß damit eine besondere Verpflichtung zu verantwortlichem Studium und sparsamer Inanspruchnahme der staatlichen Hochschuleinrichtungen einhergeht. Die F.D.P. zeigt mit ihrem Konzept der Studienschicks einen modernen zukunftsorientierten Weg zur Studienfinanzierung auf, der sozial gerecht und effizient ist und Gebührenerhebungen überflüssig

F.D.P.: Studienschicks zeigen neuen Weg auf

macht. Die Studierenden müssen darüber informiert sein, was ihr Studium die Steuerzahler kostet, und stärker in die Verantwortung genommen werden, ihr Studium zügiger zu absolvieren. So sollen sie zu Beginn ihres Studiums vom Staat kostenfrei Studienschicks ausgehändigt bekommen (einschließlich einiger weniger Zusatzgutscheine für den Fall des gelegentlichen Scheiterns z.B. in Zwischenprüfungen), die sie eigenverantwortlich für ihren Studienweg einsetzen und die für das Absolvieren eines normalen Studiums, für den Besuch der Pflicht- und Wahlveranstaltungen und für alle Prüfungen ausreichen. Zwischen Hochschule, den Lehrenden und den Studierenden entsteht also ein Studienvertrag, in dem die Hochschule dem Studierenden eine Leistung zusichert. Über ein normales Studium hinausgehende Studien sind nicht mehr Sache des Staates, sondern Angelegenheit jedes einzelnen. Die hierfür benötigten Studienschicks sind käuflich zu erwerben. Sie werden nicht mit einem Verfalldatum versehen. Es muß einem Studierenden möglich bleiben, z.B. ein Auslandsstudium aufzunehmen, ohne gleichzeitig durch Überschreiten der Regelstudienzeit dafür bestraft zu werden. Der Anreiz für ein konzentriertes und beschleunigtes Studium liegt in einem Bonussystem, nach dem nicht verbrauchte Schecks entweder in Geldwert erstattet oder für andere Studien genutzt werden können.

Von
Dr. Michael Vesper

Aus grüner Sicht sind Studiengebühren kein geeignetes Instrument, um die Situation an den Hochschulen zu verbessern. Die immer wieder aufgewärmte Debatte über ihre Einführung führt nur dazu, studierwillige Menschen bereits im Vorfeld abzuschrecken, anstatt die wachsende Studierbereitschaft positiv zu werten. Denn den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kann niemand mehr ernsthaft bezweifeln.

Es ist zwar richtig, daß die Hochschulen mehr Geld brauchen, aber wer ihre Finanzmisere durch einen Griff in die Taschen der Studierenden lösen will, verkehrt Ursache und Wirkung. Überfüllte Hörsäle, fehlende Labor- oder Praktikumsplätze und Personal-mangel sind das augenfällige Ergebnis einer verfehlten Politik im Hochschulbereich, die sich jahrelang an falschen Prognosen orientierte und den Rotstift zum maßgeblichen hochschulpoliti-

GRÜNE: Studium würde noch mehr zum Privileg

schen Instrument machte. Wir meinen, daß ohne eine solide Finanzierung seitens des Bundes und der Länder die Misere im Hochschulbereich nicht behoben werden kann.

Solange die räumliche und personelle Ausstattung der Hochschulen auf dem heutigen unzureichenden Niveau festgeschrieben bleibt und sich an der sozialen Lage der Studierenden nichts ändert, würde die Einführung von Studiengebühren nicht dazu führen, die Studienzeiten zu verkürzen. Diejenigen Studierenden, die aufgrund von Erwerbstätigkeit oder Kinderbetreuung länger studieren, stünden unter zusätzlichem finanziellen Druck. Von dieser Gruppe müßten sich entweder noch mehr entschließen, vorzeitig das Studium abzubrechen, oder ihr Studium würde sich zusätzlich verlängern, da neben dem Lebensunterhalt nun auch Studiengebühren zu finanzieren wären. Für diejenigen, die Studiengebühren quasi „aus der Portokasse“ zahlen könnten, hätte deren Einführung keinen steuernden Effekt. Sie könnten sich die Gebühren leisten. Auf ein paar Semester mehr oder weniger käme es für sie nicht an. Studiengebühren hätten so zur Folge, daß das Studium noch mehr zum Privileg würde.

Landtagspräsidentin begrüßte 600 Frauen zum Internationalen Frauentag

Ziel bleibt für Frauen selbstbestimmtes Leben

600 Frauen aus ganz Nordrhein-Westfalen folgten der Einladung von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 7. März, dem Tag vor dem Internationalen Frauentag, in den Düsseldorfer Landtag. An drei Schauplätzen war im Foyer des Parlaments für Unterhaltung und Information gesorgt.



Landtagspräsidentin Friebe im indischen Sari

In ihrer Begrüßungsansprache erinnerte Frau Friebe an die historische Bedeutung des Kampf- und Gedenktags für die Gleichstellung der Frauen in aller Welt. 1911 habe in Mitteleuropa die erste Frauendemonstration stattgefunden. Eine solche Massenbewegung habe man vorher noch nie erlebt. Schon damals hätten die Frauen für eine von Ausbeutung, Kriegen und Kriegsfolgen freie Gesellschaft und ein selbstbestimmtes Leben demonstriert.

Vor und nach der Begrüßung traten auf der Aktionsbühne Folklore-Frauengruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Indien auf. Die Gastgeberin und die Moderatorin Randi Crott regten bei der Vorstellung der ausländischen Gäste zum Nachdenken über die wesentlich ungünstigere Lebenssituation der Frauen in Indien, im Iran und im früheren Jugoslawien an.

In der Info-Börse im Foyer stellten sich 20 Organisationen von amnesty international bis zum Verband alleinstehender Mütter und Väter, vom Hausfrauenbund bis zum Landessportbund mit Aktionen und Broschüren vor. Die Katholische Frauengemeinschaft präsentierte ihr Projekt „Nachweis ehrenamtlich geleisteter Arbeit“ als wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Anerkennung unvergüteter Arbeit von Frauen.

Im Filmvorführraum gab es die Dokumentation „Mein Feind“ von Bettina Flitner, ein Kabarett mit Rosa Wirtz und Zeichentrickfilme von Joanna Quinn (Großbritannien). Die Performance-Künstlerin Ella Huck geisterte in den Pausen im Foyer und versuchte, die Besucherinnen zu erschrecken. In einem besonderen Raum gab es Spiel und Spaß für die Kinder.

Solidarität gefordert

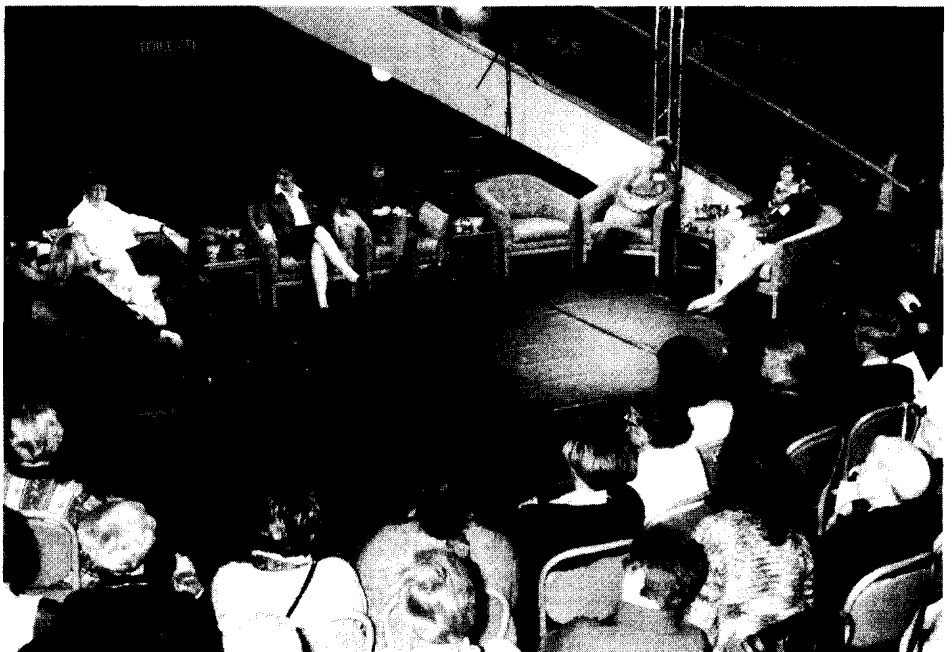
Nach dem Auftritt der serbokroatischen Folklore-Gruppe, nach indischer Sari-Show und Tempeltanz versammelten sich die frauenpolitischen Sprecherinnen der vier Fraktionen Brigitte Speth (SPD), Regina van Dinther (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Marianne Hürten (GRÜNE) um die Präsidentin und die Vorsitzende des Ausschusses für Frauenpolitik, Marie-Luise Morawietz (SPD), zur Talkrunde auf der Aktionsbühne. Etwas später konnte Moderatorin Randi Crott dort auch die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, begrüßen.

Was sich geändert habe, wollte sie wissen, und das war schnell klar: Um eine solche

den besonders hohen Grad an Gemeinsamkeit im Frauenausschuß aufmerksam. Regina van Dinther (CDU) hob hervor, die weiblichen Abgeordneten brächten persönliche Erfahrungen aus Familie und Beruf ein, und konnte von kleinen Erfolgen sogar aus der Opposition heraus berichten. Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) forderte mehr Solidarität unter den Frauen, um keine Kluft zwischen Hausfrauen und Berufstätigen zuzulassen. Marianne Hürten (GRÜNE) sprach bei ihrem Thema „Frauen und Müll“ vielen Zuhörerinnen aus dem Herzen, als sie die neue Form unbezahlter Frauenarbeit durch Sortieren anprangerte. Brigitte Speth (SPD) machte Mut zur Auseinandersetzung mit den Partnern und warnte abschließend eindringlich vor irreparablen Brüchen in der Gesellschaft, wenn sich bei Bildung und Familie nur noch Finanzpolitiker durchsetzten.

Aus dem Publikum gab es Äußerungen von Ungeduld über die stockende Lösung der Probleme. „Wie lange denn noch?“ rief eine Frau, als die Ministerin, auf veraltete Rollenbilder in Schulbüchern angesprochen, vom mühsamen Ringen um Fortschritte berichtete. Eine Lehrerin klagte über zunehmende Verwahrlosung von Kindern, die zu Hause allein seien, und über die Mühen, einer Klasse mit 33 Schülern in 45 Minuten etwas zu vermitteln. Eine andere Besucherin regte an, Beidverdiener sollten sozialversichertes Hauspersonal einstellen. Pflegende Angehörige, klagte eine ältere Betroffene, hätten überhaupt keine Lobby.

Beim gemeinsamen Imbiß im Landtagsrestaurant setzten die Politikerinnen ihre Gespräche mit den Frauen fort. Fünf Frauen der professionell auftretenden a-cappella-Gruppe „Herzen in Terzen“ aus Hannover sorgten zwischendurch für Unterhaltung.



Gespannte Aufmerksamkeit bei der Talkshow der Landtagsabgeordneten, v.r. Regina van Dinther (CDU), Marie-Luise Morawietz (SPD), Randi Crott, Ingeborg Friebe (SPD), Brigitte Speth (SPD), Marianne Hürten (GRÜNE, leider verdeckt), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.)
Fotos: Schälte

Anhörung: NRW- Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre

Energieverbrauch: ein breiter und ein schmaler Weg

Experten der Energiewirtschaft, der Bau- und Verkehrsplanung, Wissenschaftler aus der Umweltforschung, kommunale Spitzenverbände und ein Gewerkschaftsvertreter nahmen in der von Loke Mernizka (SPD) geleiteten Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 8. März zum Thema „Nordrhein-Westfalens Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre“ Stellung. Sie sollten zur Klärung beitragen, unter welchen Voraussetzungen das von der Bundesregierung erklärte Ziel erreicht werden kann, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 Prozent zu reduzieren. Außerdem wurde nach Auswirkungen von Ausstiegsstrategien, von Strompreiserhöhungen, von einer Abwärme-Abgabe oder Energiesteuer gefragt. Die Sachverständigen waren auch um Stellungnahmen gebeten worden, ob die Annahmen des Klimaberichts NRW und des Prognos-Gutachtens für das Jahr 1995 noch zutreffen. Zwei Anträge von CDU und SPD zum Beitrag von NRW zum Klimaschutz (Drs. 11/8315 und /8361) waren Ende Januar im Plenum behandelt worden (Landtag intern Nr. 3/1995). Im von der Landtagsmehrheit angenommenen SPD-Antrag wird auf den globalen Charakter von Klimaschutz verwiesen und in der Nutzung der Kernenergie keine Lösung gesehen, sondern auf mehrere abgestimmte Aktivitäten sowie die Vereinbarungen bei der Braunkohleverstromung abgestellt. Für mehr rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen fordert NRW ein bundesweites Programm.



Loke Mernizka (SPD, auf dem Podium) leitet als stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses die Anhörung zur CO₂-Minderung, vorn v. r. Bodo Hombach (SPD), Wolfgang Theberath (Stenograph), Laurenz Meyer (CDU), Roger Kohlmann (Fraktionsreferent), Hans-Karl von Unger (CDU). Foto: Schälte

Für den Landesverband der Elektrizitätswirtschaft und für die Fernwärme AG befürchtete Diplomphysiker Karl Otto Abt das Abwandern von Stromkunden in das benachbarte Ausland bei Strompreiserhöhungen. Er sah die eigentlichen Potentiale für Emissionminderung bei der Stromerzeugung aus Kernenergie, in der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und im Gaseinsatz. Voraussetzung für das CO₂-Ziel im Jahr 2005: politisch ungestörter Betrieb und höhere Leistung von Kernkraftwerken. Zusätzlich sei CO₂ zu reduzieren durch bessere Wirkungsgrade und Ersatz von Kraftwerksanlagen. Anstelle von Abgaben solle es Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Umweltschutz geben.

Professor Werner Hlubek (RWE) wies auf das Weltbevölkerungswachstum hin, das jeden nationalen Beitrag zum Klimaschutz wieder zunichte mache. Ohne Kernenergie gebe es keine nachhaltige CO₂-Minderung. Braunkohle sei kostengünstig und versorgungssicher, die Stromversorgung bleibe kalkulierbar. RWE habe sich gegenüber der Landesregierung zu einem Bündel von emissionsmindernden Maßnahmen verpflichtet. Die Braunkohle-Stromerzeugung

sichere 40000 hochwertige Arbeitsplätze. Erdgas sei mit 18 Prozent Anteil neben dem Mineralöl (41) und Kohle (25 Prozent) dritter Eckpfeiler der deutschen Energieversorgung, sagte Dr. Wilfried Czernie (Ruhrgas AG). Zwei Fünftel aller Wohnungen würden mit Erdgas beheizt, zwei Drittel der Neubauwohnungen damit ausgestattet. Auch in den neuen Bundesländern sei Erdgas auf dem Vormarsch. Der Gasversorgung diene im dichtbesiedelten Land NRW ein unterirdisches Pipelinesystem von 60000 Kilometern Länge. Die deutsche Gaswirtschaft sei international langfristige Verpflichtungen über jährlich mehrere Milliarden Mark eingegangen und investiere laufend in zukünftige Infrastruktur. Energie aus Erdgas verursache praktisch keine Emission an Schwefeldioxid, geringe Mengen Kohlenmonoxid und sei nur mit fünf Prozent am Stickstoffoxidausstoß beteiligt. Ohne Kondensationswärme würden bei modernen Niedertemperaturkesseln bereits 92 Prozent der Brennstoffenergie genutzt. Dr. Czernie sprach sich gegen grundlegende Eingriffe (Zwangsdurchleitung) und gegen weiteren „Energiefiskalismus“ aus. Die Spitzenverbände der deutschen Industrie und der Energiewirt-

schaft warnten vor weiteren Energiesteuern. Wenn Politiker eine Halbierung des CO₂-Ausstoßes ohne absolute Gewißheit forderten, müßten sie auch den Mut haben, jedem Verkehrsteilnehmer und Wohnungsnutzer gewaltige Anstrengungen zuzumuten, schloß Dr. Franz-Josef Wodopia (IG Bergbau und Energie) seinen Beitrag. Er hielt es nicht für gerechtfertigt, Klimaschutz nur der Kraftwirtschaft aufzuerlegen. Im übrigen könne CO₂-Minderung nicht länderweise eingefordert werden. Windenergie solle in NRW nicht besonders gefördert werden. Sonnenkollektoren seien bei Freibädern sinnvoll, bei Warmwasser-Großversorgung bereits sehr teuer. Bei wachsendem Strombedarf, Transportverlusten und Versorgungsunsicherheit von Erdgas sowie Preissteigerungen bei Importkohle und Kernenergie sei der Beitrag der Braunkohle an vernünftigem Energiemix unverzichtbar.

Der deutsche Energiemix werde weltweit bewundert und solle nicht gestört werden, äußerte Dr. Adolf Freiherr Spies von Büllesheim (Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus). Die Wirkungsgrade zwischen 37 und 42 Prozent könnten durch KWK noch etwas gesteigert werden. Den deutschen Technologien folge die ganze Welt nach.

In der ersten Fragerunde ging es Bernd Poulheim (SPD), Hagen Tschoeltsch (FD.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE), Hans-Karl von Unger (CDU), Gerhard Mai (GRÜNE) und Hans Vorpeil (SPD) unter anderem um die Reduktionspotentiale durch technische Weiterentwicklung bei Strom aus Kohle, um den Beitrag Osteuropas zur CO₂-Minderung und die deutsche Hilfe dabei, um KWK, Akzeptanz für den Neubau von Kernkraftwerken, um Auswirkungen einer Energiesteuer auf den Preis von Braunkohlestrom und um Methanverluste beim Transport und bei der Verteilung von Erdgas.

Spies von Büllesheim hielt die Steigerung des Wirkungsgrads bei Steinkohle auf 45, mit KWK und Gasdampfturbine auf über 50 Prozent für möglich. Dr. Hlubek durch neue Technologien bei Braunkohle von 36 auf 42 Prozent, kombiniert mit Gasturbinen auf 45 bis 50 Prozent als oberste Grenze.

Für das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie war dessen Leiter Professor Ernst-Ulrich von Weizsäcker gekommen. In der ersten Stellungnahme bezeichnete Dr. Peter Hennicke Effizienz- und Produktivitätssteigerung als zentrale Frage für den Klimaschutz. Die wirtschaftlichen Folgen der CO₂-Minderung seien verknüpfbar. Kohlemengen- und Klimaschutzziele seien miteinander nicht vereinbar. Bei konstantem Verbrauch von Braunkohlestrom, durch Energieeinsparung bis zum Jahr 2020 (Zieljahr der Klima-Enquete-Kommission) und den von RWE angekündigten höheren Wirkungsgraden könne auf Garzweiler II verzichtet werden. Auch bei einem bundesweiten Kernenergieausstieg sei drastische Reduktion von Braunkohleverstromung notwendig. Die beiden Wissenschaftler des Wuppertal Instituts erläuterten auf zahlreiche Nachfragen der Abgeordneten Energie-sparpotentiale, besonders an kommunalen Gebäuden und Unternehmen.

(Fortsetzung Seite 11)

Führt wachsende Vorteilsnahme in der Verwaltung in den „Bakschisch-Staat“?

„Bei Korruption auch die Wirtschaft ins Visier nehmen“

Angesichts bekanntgewordener Fälle von Korruption und Vorteilsnahmen in der öffentlichen Verwaltung und des erheblichen Dunkelfeldes sei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, „daß wir es in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen bei der Korruption mit einem ernstzunehmenden Bedrohungspotential zu tun haben“. — Dieser Satz findet sich in einem Antrag der CDU-Fraktion vom April vergangenen Jahres (Drs. 11/6915), der die Fraktionen im Ausschuß für Innere Verwaltung anregte, zu diesem Thema eine Expertenanhörung anzuberaumen. Das Hearing fand unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) am 9. März im Landtag statt.

Von den Erfahrungen, die man in Frankfurt am Main mit Aufdeckung und Bekämpfung von Korruption in einer großstädtischen Verwaltung gesammelt hat, berichtete als erster Sprecher Rolf-Peter Bonzelius vom Personal- und Organisationsamt der dortigen Stadtverwaltung. Ausgehend von einem spektakulären Fall im Jahr 1987 habe man am Main verwaltungsinterne Konsequenzen gezogen und Sicherungen eingebaut. In diesem Fall habe sich bewährt, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sachgeschenke oder sonstige Vorteile angenommen hatten, sich im Rahmen einer „Selbststeller-Aktion“ dem Dienstherrn offenbaren zu lassen. Organisatorisch hätten die Vorfälle zur Gründung eines „Antikorruptionsreferates“ geführt, das inzwischen zu einer ständigen Fachabteilung des Personal- und Organisationsreferates geworden sei. Dieses Referat habe seinerzeit einem öffentlich tagenden Parlamentsausschuß berichtet. Die zweite organisatorische Maßnahme habe eine beim Revisionsamt angesiedelte „Mobile Prüfgruppe“ zur Folge gehabt. Ferner sei die Kontrolldichte durch eine Verstärkung und Umstrukturierung des städtischen Innenprüfdienstes erhöht worden. In der Vorsorge gegen Korruption setze man auf die Komponenten Mitarbeiterverhalten, verwaltungsinterne Verfahren sowie Aufsicht und Kontrolle, schloß Bonzelius, der die unmittelbare Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft zum gegenseitigen Nutzen deutlich hervorhob.

Den möglichen Beitrag, den der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen (LRH) aufgrund seiner bei Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse zur Bekämpfung der Korruption, die sich nach Meinung des LRH auch bereits in der nordrhein-westfälischen Verwaltung breitgemacht habe und weiter wuchere, leisten kann, stellte der LRH-Sprecher Ulrich Bordt heraus. Er bezifferte den jährlichen Schaden, der allein im öffentlichen Bauwesen der Bundesrepublik durch Korruption entstehe, auf an die zehn Milliarden Mark und verlangte ein abgestimmtes und „breit angelegtes Konzept der Prävention und Repression unter Einbindung aller Institutionen“. Seiner Ansicht nach sollte der LRH rechtzeitig und umfassend von seiner Möglichkeit Gebrauch machen, Prüfungser-



gebnisse an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Für den LRH gelte die Grundaussage, „daß er die Bemühungen zur Bekämpfung und Vermeidung von Korruption im Rahmen seiner rechtlichen Befugnisse nach Kräften unterstützen wird“.

Georg Schmitz vom NRW-Finanzministerium unterstrich die geringe Zahl aufgedeckter Fälle im Bereich der drei Oberfinanzdirektionen des Landes; sie seien den Strafverfolgungsbehörden durch Anzeigen Dritter oder durch die Ermittlungsergebnisse der Innenprüfung der Finanzbehörden bekanntgeworden. Diese Innenrevision sei seit 1969 bei den Oberfinanzdirektionen angesiedelt und führte Ordnungsmäßigkeitsprüfungen im weitesten Sinne durch. Die Einrichtung von Innenrevisionsreferaten habe sich bewährt, betonte Schmitz, der Sicherheitsstandard in der Finanzverwaltung müsse als hoch eingeschätzt werden; wenn es eine Dunkelziffer gebe, dann sei sie als gering einzustufen. Man müsse sich darüber klar sein, daß ein Mehr an Sicherheit nur über mehr Geld und Personal zu erlangen sei, schloß der Ministeriumssprecher.

Aus der Sicht einer Strafverfolgungsbehörde (Landeskriminalamt) vertrat Friedhelm Meise die Auffassung, in den letzten Jahren habe sich die Korruption in der öffentlichen Verwaltung nicht auf einige wenige Fälle beschränkt; es sei daher der „Entwicklung zu einem Bakschisch-Staat“ entgegenzusteuern. Er fürchte um die Rechtsstaatlichkeit des Verwaltungshandelns insgesamt, wenn die Korruptionsdelikte weiter zunähmen, betonte Meise und verwies auf die hohe Aufklärungsquote, die sich in der Polizeilichen Kriminalstatistik bei Vorteilsnahme, Vorteilsgewährung, Bestechlichkeit und Bestechung niederschläge: In diesem Bereich liege die Aufklärungsquote bei nahezu 100 Prozent, während sei bei sonstigen Amtsdelikten lediglich knapp 79 Prozent erreiche. Den Schwachstellen in der Verwaltung sollte durch eine verbesserte Dienst- und Fachaufsicht sowie Kontrollkonzepte entgegengewirkt werden, außerdem sei das oft mangelnde Unrechtsbewußtsein der Betroffenen zu schärfen. Als weiteres schlug der LKA-Sprecher unter anderem vor, klare innerdienstliche Anweisungen zur Annahme von Belohnungen und Geschenken zu erlassen, die Nebentätigkeitsverordnung konsequent anzuwenden sowie spezielle Organisationseinheiten wie Antikorruptionsstellen oder Innenrevisionen zu schaf-

Blick in die Reihe der angehörten Expertinnen und Experten: Von links Professor Hans See, Rolf-Peter Bonzelius, in der Mitte Birgitt Collisi, rechts von ihr Professor Manfred Brusten, Leitender Kriminaldirektor Friedhelm Meise, Ministerialrat Georg Schmitz und Leitender Ministerialrat Ulrich Bordt. Foto: Schälte

fen. Zur Prävention sollte laut Meise ebenfalls überlegt werden, daß in den obengenannten Verdachtsfällen auch das Abhören von Telefonen erlaubt werden sollte.

Professor Dr. Manfred Brusten von der Bergischen Universität Wuppertal beklagte die unzureichende Datenlage in Sachen Korruption; Länder wie Australien oder der Stadtstaat Hongkong seien da viel weiter. Er verlangte eine andere Typisierung von Bestechlichkeit (individuelle Bestechlichkeit, behördenspezifische Formen der Bestechlichkeit und Korruption im vermeintlich staatlichen/öffentlichen Interesse), regte an, in den Behörden entsprechende Statistiken zu führen und die wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet zu intensivieren. Brusten vertrat auch die Meinung, Korruption dürfe nicht zu eng gefaßt werden, dazu gehöre nämlich auch die politische Variante wie „Pöstchen-Schieberei und Filzokratie“. Im übrigen sollte man bei der Korruption den Eindruck vermeiden, daß die Kleinen gehängt werden, daß man die Großen aber laufenlasse.

Professor Dr. Hans See vom Verein „Business Crime Control“ rief dazu auf, bei Korruption nicht nur die Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sondern viel stärker die Wirtschaft ins Visier zu nehmen. Es gebe „gewaltige Schiebereien“, bis zu 40 Prozent des Auftragswerts würden aufgrund von Entscheidungen auf den Chefetagen der Großunternehmen als Bestechungsgelder fließen (und steuerlich abgezogen werden); niemand könne mit den Mitteln der aus den Nationalstaaten erwachsenen demokratischen Kontrolle das international vagabundierende Kapital bändigen, bei dem es sich oft um unterzubringendes Schwarzgeld handle. Da helfe es wenig, bestechlichen Beamten Konsequenzen anzudrohen oder sie, wie in China üblich, wegen Korruption hinzu-richten. Das könne keine Wirkung haben, so lange die Bestecher so billig davonkämen, daß sie sich nach der „Ethik des Gewinns“ bloß veranlaßt sehen, mit ihren Bestechungen weiter fortzufahren.

Für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen (Fortsetzung Seite 19)

Forst- und Wald-Novelle

Knappe Försterstellen

Der Änderungsentwurf der Landesregierung zum Landesforst-, Gemeinschaftswald- und zum Landschaftsgesetz (Drs. 11/8331) wurde nach der ersten Lesung am 16. Februar an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) erläuterte, den Gemeinden solle die Wahl zwischen Forstbeamten des gehobenen und des höheren Forstdienstes eingeräumt werden, da die Fachhochschulausbildung deutlich verbessert worden sei. Bei kommunalen Forstbetrieben gebe es erhebliche Unterschiede. Eine Landeswaldinventur und der Landeswaldbericht sollen Hilfe und Grundlage für die Holzwirtschaft und die Waldpflege sein. Schädliche Abfälle dürften nicht in forstliche Wirtschaftswege eingebaut werden. Matthiesen bat um rechtzeitige Verabschiedung bis zum Ende der Wahlperiode.

Johannes Gorlas (SPD) sagte, den erheblichen Personalabbau in der Forstverwaltung als Ergebnis des Gutachtens trage die SPD mit, obwohl als Folge davon in den nächsten 20 Jahren keine Forstreferendare mehr eingestellt werden könnten. Unter Deregulierung werde nicht der „Discount-Förster“ verstanden, und pensionierte Förster im kommunalen Nebenjob solle es auch nicht geben. Über neue Berufschancen solle beraten werden.

Karl Knipschild (CDU) erinnerte an einen Änderungsentwurf seiner Fraktion vor elf Monaten und das Hinhalten der Beratung. Nun führe der plötzlich hohe Zeitdruck dazu, daß die Fachverbände in drei Tagen Stellung nehmen sollten. Nun finde noch eine An-

Sicherheitsüberprüfung im Landesgesetz

Das Sicherheitsüberprüfungsgesetz NRW (Drs. 11/7943) nahm der Landtag am 17. Februar mit der von der SPD beantragten Änderung (Drs. 11/8500) in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. gegen die Grünen an und lehnte die von den Grünen beantragte Änderung (Drs. 11/8496) ab.

Manfred Degen (SPD) berichtete von zahlreichen Änderungen im Hauptausschuß und von Einvernehmen auch mit Innenministerium und Datenschutzbeauftragtem. Die SPD halte noch für verzichtbar, daß Anhaltspunkte für geistige und seelische Störungen sowie für Alkohol-, Drogen- und Tablettenmißbrauch Eingang in die Sicherheitsakte fänden.

Lothar Hegemann (CDU) ergänzte, das Gesetz fülle Bundesrecht aus. Die vom Vorredner aufgezählten Daten würden an anderer Stelle erfaßt. Der Grünen-Antrag gehe dagegen an die Substanz und sei nicht zustimmungsfähig.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) begrüßte den Änderungsantrag der SPD, dessen Inhalt nur vergessen worden sei. Die F.D.P. hätte gern noch eine weitere Änderung erreicht. Es dürften nicht mehr Daten auf Vorrat angelegt werden, als zwingend gebraucht würden.

Roland Appel (GRÜNE) bedauerte, der Antrag sei eine gesetzgeberische Farce bei jährlich 18 783 sicherheitsüberprüften Personen. Im Gesetz werde die Überprüfung in die Privatwirtschaft hinein ausgedehnt: bei sicherheitsempfindlichen Stellen in lebenswichtigen Bereichen. Ein Parlamentsvorbehalt müsse dazugehören. Die politischen Parteien halte er im Gesetz für problematisch.

hörung statt. An Verbesserungsvorschlägen sei er sehr interessiert.

Hagen Tscholtsch (F.D.P.) begrüßte den Entwurf, der Privatisierung und Senken von Standards vorsehe, aber auch einen Zielkonflikt enthalte.

Siegfried Martsch (GRÜNE) kritisierte flickenhafte Vorgehen und kündigte erhebliche Einwände an.

Swatch-Haus oder Sparen am Bau

Den F.D.P.-Antrag „Mehr Wohnungen für weniger Geld – Eine Swatch-Haus-Initiative auch für NRW“ (Drs. 11/7667) erklärte der Landtag am 15. Februar, wie vom Ausschuß empfohlen, für erledigt.

Adolf Retz (SPD) berichtete, einen Tag vor dem Ergebnis des Landeswettbewerbs „Kostengünstiges Bauen“ habe die F.D.P. ihren Antrag damit gefüllt. Der sei jetzt erledigt. Inzwischen sei viel Gutes praktiziert worden. Einige Projekte seien mit 1500 bis 1800 Mark pro Quadratmeter erfolgreich gebaut worden. Die SPD wolle kein Wegwerfkonzept für den Wohnungsbau.

Wolfgang Jaeger (CDU) bemerkte, selbst nach mehrmaliger Lektüre wisse er nicht, was ein Swatch-Haus sei. Der Antragsansatz sei gut, aber er reglementiere zuviel. Der Bauherr entscheide letztlich selbst. Die CDU suche seit langem, mit gleicher Förderung mehr Wohnungen zu bauen. Ihre Anträge seien abgeschmettert worden. Wichtige Standards dürften nicht aufgegeben werden. Wohnungen seien keine Wegwerfartikel. Leider merke die SPD nicht, daß sie Wohnungsbau auf ausgefahrenen Wegen und Hohlwegen gehe.

Hans Joachim Kuhl (F.D.P.) stellte zum Attribut Swatch fest, es werde wegen günstigen Preises, guter Qualität und Wertbeständigkeit gekauft. Nicht alle Antragsinhalte seien erledigt. Finanzielle Anreize für kommunales Bauland gebe es nicht. Von Vorschriften für Steilheit der Treppen, Raumhöhe, Belüftung würden Privatnutzer nicht befreit. In Herzogenrath würden 83 sogenannte Holland-Häuser gebaut, dafür habe es, ohne Zwang, über 500 ernsthafte Interessenten gegeben. Im europäischen Baukostenvergleich lägen wir noch deutlich höher. Deshalb bedaure er die Ablehnung des Antrags.

Gisela Nacken (GRÜNE) stimmte dem Ziel zu, vom Modell kostensparenden Bauens zum Regelfall zu kommen. Weil es Hemmnisse von Bauträgern und der Bauwirtschaft zu überwinden gebe, hätten die Grünen ihren Antrag „Fördervorrang für kostensparendes Bauen eingebracht“.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) sagte, Voraussetzung für günstiges Bauen sei auch preiswertes Bauland. Da sei der Bund zuständig. Der Planungswert müsse abgeschöpft werden. Die Beispiele zeigten, daß ein Markt für kostengünstiges Bauen vorhanden sei. Bei der neuen Landesbauordnung mit wirklich neuen Wegen gehe die F.D.P. leider nicht mit.



Im Unterausschuß Personal des Haushaltsausschusses stand die Organisationsuntersuchung der Forstverwaltung am 7. März auf der Tagesordnung. Dem Vortrag von Ministerialdirigent Kalenberg (l.), dem Leiter des Arbeitsstabs Aufgabenkritik der Landesverwaltung, war zu entnehmen, daß die Holzwirtschaft aus den 110 000 Hektar Staatsforst einen jährlichen Umsatz von 40 Millionen Mark erziele. Die Landesregierung habe beschlossen, daß ab 1. Oktober 1996 bei den verbleibenden 35 Forstämtern die kaufmännische Buchführung und die Kostenrechnung in der staatlichen Forstwirtschaft eingeführt würden. Auf die Frage des Unterausschußvorsitzenden Peter Bensmann (CDU, Bildmitte) nach der Ausbildung der Forstbeamten für die neue Aufgabe wurde mitgeteilt, daß Umschulungen bereits erfolgten und betriebswirtschaftliche Kenntnisse ohnehin im Studium vermittelt würden (r. im Bild der Geschäftsführer des Gutachterdienstes der Landtagsverwaltung Hans-Joachim Donath, verdeckt Assistentin Silvia Winands). Foto: Schälte

Sozial-ökologisches Wirtschaftswachstum

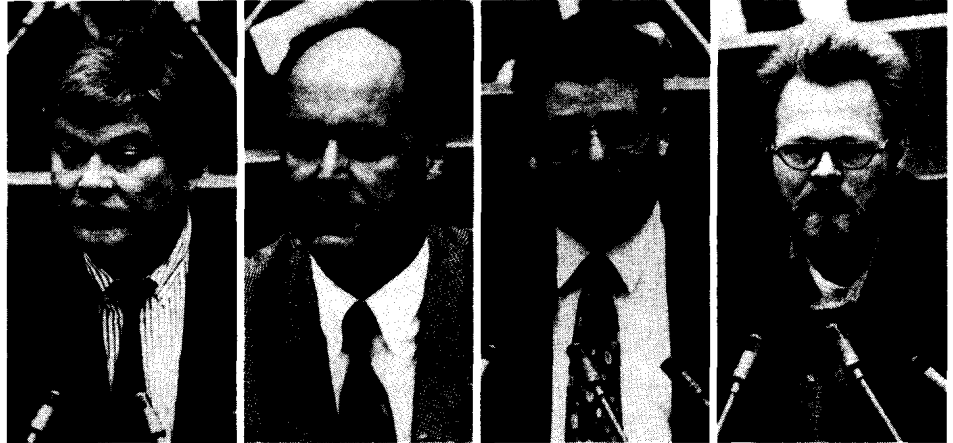
Arbeitsplätze durch neue Märkte und Technik

Bodo Hombach (SPD) sah gemeinsame Pläne aller Wirtschaftspolitiker und Gemeinsamkeiten in aufgeregten Energiedebatten und wünschte sich volle Rücken-deckung für die regionalisierte Strukturpolitik durch den Antrag. Die Landesregierung sei erfolgreich bei Dialog mit Parlament, Wirtschaft, Gewerkschaften und anderen für eine sozialverträgliche Modernisierungsstrategie. Heute seien bereits 65 Prozent der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Kohle und Stahl hätten einen beispiellosen Strukturwandel vollzogen. Auch die sozialdemokratische Technologie- und Mittelstandspolitik könne sich sehen lassen. NRW sei bei der Ausdehnung der EU-Fördergebiete sehr erfolgreich gewesen. Zum Ende der Wahlperiode solle noch bewußter auf dezentrale Kooperation und Kommunikation gesetzt werden. Über Sinn und Unsinn von Bio- und Gentechnologie solle nicht philosophiert, sondern konkret entschieden werden. Unternehmensberater stellten Technikverliebtheit und Selbstbezogenheit bei Unternehmen fest. Das nächste Parlament müsse vernünftig moderieren und als „global player“ im Wettbewerb einen gesunden Mittelstand bewahren. Regionales Flächenmanagement solle belebt, die Verwaltung verbessert werden. Die Parole „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“, erscheine den Beteiligten als Zynismus. Wachstum bei sinkender Beschäftigung sei kein vorübergehendes Dilemma. Das Entkoppeln habe System und dürfe nicht zum Teufelskreis werden.

Laurenz Meyer (CDU) hielt ebenfalls die Debattenzeit für zu kurz und den Antrag mit den drei Schritten: Lob der Landes-, Kritik an der Bundesregierung und wohlgemeintes Versprechen, die Versäumnisse von 29 Jahren abzarbeiten, für zu dünn. Er sei zusammengeschustert. Die direkte Abstimmung habe den Vorteil, daß er dann erledigt sei. Vieles richte sich an die eigene Partei. Die solle sich vor Ort für neue Technologien im Umwelt- und im Entsorgungsbereich engagieren und nicht kniefen wegen kommunaler Zuständigkeit. Beim Bruttoinlandsprodukt habe NRW wieder einen Rückstand von 0,9 Prozent, bei den Steuereinnahmen 1994 um 540 Millionen Mark. Erschreckend sei die Zahl der offenen Stellen, im Bund plus 16,6, in NRW 9,6 Prozent. 15 Prozent weniger Handwerksbetriebe in NRW seien 23 000 Betriebe oder 200 000 Arbeitsplätze. NRW habe den Anschluß nicht geschafft. Die Mittel für Wirtschaftsförderung seien in den letzten drei Jahren um 45 Prozent zurückgefahren worden. Dem Thema sei mit dem Antrag nicht gedient.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) zitierte aus dem Antrag, Vorbildliches sei geleistet worden und zählte Arbeitslosenquoten von Duisburg, Dortmund und Herne über 15 Prozent auf. Unter den Flächenländern stehe nur das Saarland noch schlechter da. Daß wieder von anderen gefordert werde, störe im Antrag. Die Annäherung von Meinungen durch das Gespräch werde gebraucht, nicht das Überstimmen von Meinungen durch die Mehrheit. Gemäß Antragstext solle die Landesregierung die Entsorgungs-, Vertriebs- und Telekommunikationsinfrastruktur ausbauen. Landesweit stelle er dagegen fest, daß RWE, VEW, Thyssen und Mannesmann ein mittelständisches Unternehmen nach dem anderen schluckten, und wenn die
(Fortsetzung Seite 15)

Den fünfseitigen SPD-Antrag „Neue Märkte, neue Technologien, neue Arbeitsplätze für NRW“ (Drs. 11/8405) nahm die Landtagsmehrheit gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen am 17. Januar in direkter Abstimmung an. Bodo Hombach (SPD) plädierte für Synergie und Dialog bei der Fortsetzung der regionalisierten Strukturpolitik. Die drei Oppositionsfaktionen brachten unterschiedliche Einwände gegen den Antrag vor, den Wirtschaftsminister Günther Einert als Aufgabe für die nächsten Jahre bezeichnete.



Dem Appell des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD Bodo Hombach (l.) zur gemeinsamen zukünftigen NRW-Wirtschaftspolitik verschlossen sich bei der Abstimmung über einen fünfseitigen Antrag seiner Fraktion die drei Oppositionssprecher (weiter v.l.) Laurenz Meyer (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) und Daniel Kreutz (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Unternehmerbild im Parteien-Visier

Der F.D.P.-Antrag „Neue Unternehmenskultur für kleine und mittlere Betriebe“ (Drs. 11/7755) wurde nach der Aussprache am 16. Februar, wie vom Wirtschaftsausschuß empfohlen, abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU.

Irmgard Schmid (SPD) hielt das Antragsliegen für neben der Realität und wies darauf hin, daß in der Oberstufe mehrere Schulbuchtexte benutzt würden. Die Schüler würden weltoffen und urteilsfähig erzogen. Die SPD sei bereit, über dringende, bedrückende Probleme zu reden. In regionalen Kooperationen werde viel für Arbeitslose vorangebracht.

Hans-Karl von Unger (CDU) hielt manches für zustimmungsfähig, sah aber auch Fehler. Aus- und Weiterbildung der Großbetriebe sei vorbildlich. Warum die F.D.P. die Großindustrie zum Feindbild mache, sei sie doch ein Teil unserer Wirtschaft. Was die neue Unternehmenskultur für kleine Betriebe sein solle, werde nicht erklärt. Lobenswert sei die Forderung eines wirklichkeitsgerechteren Unternehmerbilds.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) sah in NRW eine Lücke beim Mittelstand, das Land brauche dringend mehr kleine und mittlere Unternehmen. Beim Thema Gewerbesteuer zeige sich, daß die SPD entgegen ihrer Werbung nicht mittelstandsfreundlich handle. Nach Ansicht des NRW-Finanzministers werde die Konjunkturabhängigkeit gemin-

dert, wenn die Bemessungsgrundlagen um ertragsunabhängige Bestandteile wie Zinsen, Mieten und Pachten erweitert werde. Das bedeute höhere Steuerlast für kleine Unternehmen, Gewerbesteuerpflicht für Einzelhändler, Handwerker, Wirte und auch der freien Berufe. Die F.D.P. halte dagegen Entlastung für nötig.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) zitierte den Vorredner im Ausschuß, in modernen Betrieben herrsche Teamgeist, und die getrennten Rollen von Arbeit und Kapital hätten kaum noch Bedeutung, und widersprach dem unter Hinweis auf den aktuellen Metal-

Zitat

„Wenig Abgeordnete, wenig Licht. Hier wird Energie gespart.“ Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) im Plenum am 16. Februar, nachdem vorübergehend ein Teil der Beleuchtung ausgefallen war.

lerstreik. In der kapitalistischen Marktwirtschaft spiele der Gegensatz von Arbeit und Kapital eine zentrale Rolle. Es gebe zu wenige dynamische Unternehmer und zu viele Unternehmer, die Leute entlassen, Konflikte und Mobbing.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bemerkte zum Antrag, wenn auch die Kräfte fehlten, so sei der Wille doch zu loben. Schulbuchverlage seien meiständische Unternehmen. Seit 1967 sei eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze im Mittelstand entstanden. Die Gewerbesteuer müsse auch nach Ansicht des Handwerks bleiben.

Bilanz und Abschiedsworte des Vorsitzenden Marmulla

Hoheitlich überwachte Sicherheit im Bergbau

Zusätzlich zum Abschlußbericht des Ausschusses für Grubensicherheit für die elfte Wahlperiode (Drs. 11/8400) gab Ausschußvorsitzender Helmut Marmulla (SPD) im Plenum am 16. Februar einen mündlichen Bericht, den wir nachstehend auszugsweise abdrucken. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe dankte anschließend ihm und dem Ausschuß für ihren unermüdlichen Einsatz.

Helmut Marmulla (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Grubensicherheit, führte u.a. aus:

„Durch Beschluß des Landtags vom 31. Mai 1990 hat der Ausschuß für Grubensicherheit wie in den vorhergehenden Legislaturperioden die Aufgabe übertragen bekommen, sich für die Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes der im NRW-Bergbau Beschäftigten einzusetzen. Im Verlauf dieser elften Wahlperiode, die sich jetzt ihrem Ende nähert, fällt für den Bergbau, insbesondere für den Steinkohlenbergbau in NRW, eine Zeit stetigen Förderrückgangs, damit auch eine große Zukunftsunsicherheit für die betroffenen Menschen. Ich denke nur an die Diskussionen um die Koks-Kohlen-Beihilfe und den Kohlepennig.

Die Zusammenführung der letzten Einzelgesellschaften, zum Beispiel Auguste Viktoria, in den Verbund der Ruhrkohle AG und die Förderreduzierung als Ausfluß der Kohlerunde von 1991 hat dem Land und den im Bergbau Beschäftigten auch im Hinblick auf eine sozialverträgliche Rückführung der Beschäftigtenzahlen große Probleme bereitet. Wegen der deutlich verschlechterten Absatzsituation als Folge der Stahlkrise und der Weltmarktkohlenpreise mußte die nach der Kohlerunde 1991 bei der Ruhrkohle ursprünglich für 1997 geplante Förderrücknahme bereits zum Jahresende 1993 erreicht werden. Mit einem Förderrückgang im Jahre 1993 um 2,7 Millionen Tonnen auf 57,3



Im Flöz 48 in 1250 Metern Teufe: der Grubenaus-schuß beim Besuch der Preußag Schachanlage Ibbenbüren im Herbst 1993.

Millionen Tonnen verwertbare Förderung war der Förderrückgang der stärkste seit mehr als 20 Jahren.

Die Zahl der Beschäftigten, einschließlich der Unternehmensarbeiter, sank um über 10000 auf über 113600. Im Steinkohlenbergbau Nordrhein-Westfalen waren Ende 1993 noch rund 88000 Beschäftigte zu verzeichnen. Damit sind im deutschen Steinkohlenbergbau in den vergangenen sechs Jahren mehr als 50000 Arbeitsplätze verlorengegangen.

Mit den Rationalisierungsmaßnahmen haben die Bergwerksunternehmen alle Anstrengungen unternommen, durch technische Verbesserung und zunehmende Konzentration in den Betrieben die Produktivität weiter zu steigern. So konnte die Förderung je Abbaubetriebspunkt und auch die Leistung je Mann und Schicht im Untertagebetrieb weiter gesteigert werden.

Mit der Betriebspunktkonzentration hat die Teufe unserer Bergwerke stetig zugenommen. Die damit verbundenen Zunahmen des Gebirgsdrucks, die erhöhte Aufgasung und die erschwerten klimatischen Verhältnisse führen zu verstärkten sicherheitlichen und gesundheitlichen Problemen für die Beschäftigten. Insbesondere hat sich die Gefahr von Gebirgschlägen und Gasausbrüchen erhöht...

Schwere Ereignisse wie beispielsweise die Schlagwetterexplosion auf dem Bergwerk Haus Aden, bei der 1992 sieben Bergleute tödlich verunglückten, sind deshalb nie völlig auszuschließen. Der derzeit auf den Unternehmen lastende wirtschaftliche Druck zwingt zu Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen. In diesem Umfeld muß vermieden werden, daß sich diese Entwicklung negativ auf die Grubensicherheit und den Gesundheitsschutz auswirkt. Als Garant für eine kontinuierliche Steigerung der Standards im Grubensicherheits- und Gesundheitsschutz kommt dem Ausschuß eine Schlüsselposition zu...

In Erfüllung ihres Mandats haben sich die Mitglieder des Ausschusses in dieser Legislaturperiode zu 31 Ausschußsitzungen zusammengefunden. Außerdem haben sich Mitglieder des Ausschusses vom Beginn der Legislaturperiode an bis zum Januar dieses Jahres aufgrund der ihnen von der Bergbehörde erstatteten Sofortmeldungen zu insgesamt vier Unglücksfällen, bei denen insgesamt elf Bergleute getötet worden sind, begeben, um sich vor Ort über die Geschehnisse zu unterrichten. Dabei nahmen sie auch an den Erörterungen der bei größeren Grubenunglücken eingerichteten Einsatzleitungen auf den Bergwerken teil. Sofortmeldungen an den Ausschuß erfolgten darüber hinaus bei 21 weiteren Unglücksfällen, bei denen ein Bergmann getötet und 111 verletzt wurden...

Zu den originären Aufgaben des Ausschusses gehört es, sich über den jeweiligen Stand der Technik und der Sicherheit im Bergbau sowie über neuere Entwicklungen auf diesem Gebiet zu unterrichten. Dabei ist unstrittig, wie zunehmend wichtig heute umfassende Information und ein breiter Erfahrungsaustausch sind. Kommissionen des Ausschusses für Grubensicherheit haben sich daher bei Fachstellen, Bergbauzulieferern und Bergbauunternehmen des In- und



Nach zehn Jahren verläßt der gelernte Bergmann und langjährige Landrat von Recklinghausen Helmut Marmulla (SPD) im Mai den NRW-Landtag.

Auslandes über den Stand, die Entwicklung und die Fortschritte in der Sicherheitstechnik und im Gesundheitsschutz des Bergbaus informiert. Demselben Ziel diente eine Vielzahl von Vorträgen durch Fachleute und Experten in den Ausschußsitzungen unter Einbeziehung der Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Bergbau. Ihre Mitarbeit ist einfach erforderlich und erhöht die Wirksamkeit der Arbeit dieses Ausschusses...

Im Bergbau des Landes konnte die Unfallzahl im Durchschnitt der letzten beiden Wahlperioden durch eine gezielte Unfallverhütungstechnik stark abgesenkt werden, wobei die Tendenz weiter fallend ist. Dies zeigt sich an der Unfallohäufigkeit, also der Zahl der Unfälle bezogen auf eine Million geleisteter Arbeitsstunden im Verhältnis zu den Gesamtunfällen. Diese konnte im Durchschnitt der beiden letzten Wahlperioden um 19% gesenkt werden. Noch stärker konnten die Arbeitsunfälle mit Todesfolge vermindert werden, indem die Unfallohäufigkeit im Durchschnitt um mehr als 30% reduziert wurde.

Zu dieser Entwicklung hat nicht unerheblich beigetragen, daß sich Massenunfälle in Folge von Grubengasexplosionen und Strebbrüchen mit verheerenden Auswirkungen in den letzten 15 Jahren in unserem Lande nicht mehr ereignet haben. Im Steinkohlenbergbau ging die Anzahl der tödlichen Unfälle von 1984 bis 1993 von 66 auf 14 zurück. Dabei macht das Jahr 1992 mit 28 tödlichen Unfällen wiederum besonders deutlich, daß nur mit einer kontinuierlichen Arbeit auf dem Gebiet der Grubensicherheit die erreichten Erfolge gehalten oder sogar noch verbessert werden können. Die grundsätzlich positive Tendenz in der Unfallentwicklung im Steinkohlenbergbau konnte in dieser Legislaturperiode erstmals auch bei schweren Unfällen — Unfällen, die eine Arbeitsausfallzeit von mehr als 56 Tagen nach sich ziehen — erreicht werden. Bisher war die Unfallohäufigkeit mit durchschnittlich etwa 10 Unfällen je eine Million Arbeitsstunden annähernd konstant. Seit 1989 ist nunmehr ein kontinuierlicher Rückgang der Unfallohäufigkeit auf 7,6 Unfälle je eine Million Arbeitsstunden im Jahr 1993 zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzt sich auch im Gesamtbergbau fort, so daß für das Jahr 1993 eine Unfallohäufigkeit von sieben schweren Unfällen je eine Million Arbeits-

(Fortsetzung Seite 12)

Sportler-Steuerflucht

Einstimmig nahm der Landtag am 16. Februar den SPD-Antrag „Steuerflucht wirksam bekämpfen“ (Drs. 11/8403) in direkter Abstimmung an.

Günter Harms (SPD) erklärte, mit dem Antrag wolle die SPD mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Im Ausland lebende Sportler und Künstler sollten 30 statt wie bisher 15 Prozent Steuern bezahlen. Nach zwölf Jahren konservativ-liberaler Politik seien Steuermoral und -Gerechtigkeit auf den Hund gekommen. Bürger fühlten sich über Gebühr belastet. Das Steuerrecht sei zu unübersichtlich. Fehlende Gerechtigkeit wirke sich auch auf die Steuermentalität aus.

Leo Dautzenberg (CDU) hielt die Stärkung der Landesregierung im Bundesrat beim Bemühen, die Lücke im Steuerrecht abzustellen, für richtig. In Bonn liefen vergleichbare Überlegungen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sagte: „Geld ist wie Wasser. Es findet immer einen Weg.“ Staatlicher Druck auf Steuerbürger setze enorme Kräfte zur Steuerflucht frei. Schädlicher als diese sei eine Abkehr vom Staat. Aufpassen müsse man auf neue Schlupflöcher für nicht genannte Berufe.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt den Antrag für nicht weitgehend genug, da es nur um eine Marginalie von Steuerflucht gehe. Wirksame Bekämpfung müsse bei der Finanzverwaltung ansetzen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) wies die Kritik an der NRW-Betriebsprüfung oder Steuerfahndung zurück, da alle Zahlen das Gegenteil bewiesen. 30 Prozent seien angemessen, eine Lösung des Problems gefunden.

Steuerprobleme bei Sprachheiltherapeuten

Den Grünen-Antrag „Sprachheiltherapeutischer Versorgung in NRW infolge geänderter Besteuerungspraxis sichern“ (Drs. 11/7280) nahm das Plenum am 17. Februar in der vom Haushaltsausschuß empfohlenen Fassung (Drs. 11/8387) bei Enthaltung der Grünen an.

Günter Harms (SPD) erklärte, der SPD-Arbeitskreis habe sich ausführlich mit der Besteuerung von Sprachheiltherapeuten, insbesondere derer mit Kassenzulassung beschäftigt. Bei einigen sei keine Umsatzsteuer erhoben worden, andere seien nachträglich veranlagt worden. Auf Bundesebene soll das Anliegen im Sinne einer berufsrechtlichen Regelung behandelt werden. Der NRW-Haushaltsausschuß setze sich für eine Gleichbehandlung von Logopäden und Sprachheiltherapeuten mit Kassenzulassung ein. Danach könne eine Billigkeitsprüfung einsetzen. Die Tätigkeit dieser Gruppe und ihrer wirtschaftlichen Existenz sollten nicht gefährdet werden. In Einzelfällen solle die Erlaubwürdigkeit geprüft werden. Eine „unbillige Härte“, wie von den Grünen beantragt, könne nicht beschlossen werden.

Marianne Paus (CDU) sagte, das Anliegen der Grünen werde von allen Fraktionen geteilt. Die Berufsgruppen der Logopäden und
(weiter nächste Seite)

Breite Zustimmung zu F.D.P.-Antrag

Kunst statt Steuern, haushaltssicher

Mit der Maßgabe, „daß die Beratung in öffentlicher Sitzung im Ausschuß erfolgt“, wurde der F.D.P.-Antrag „Wahrung des Budgetrechts – Beteiligung des Landtags bei Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs Statt“ (Drs. 11/8376) vom Plenum am 16. Februar an den Haushaltsausschuß überwiesen.



Rudolf Wickel (F.D.P., Bild oben) leitete ein mit dem Hinweis auf Erbschaftsteuereinnahmen von einer Milliarde Mark im Haushalt 1995 und zwei Milliarden Mark Vermögensteuer. Das seien Beträge, die jährlich um weit mehr als 100 Millionen Mark steigen würden. In den nächsten zehn bis 15 Jahren würden mehr als drei Billionen Mark vererbt. Dahinter stecke auch die Zunahme älterer und die Abnahme junger Leute, so daß sich die Zahl der Besitzenden verändere. Je nach Verwandtschaftsgrad würden zwischen 20 und 70 Prozent der angesammelten Vermögen als Erbschaftsteuer fällig. Das sei eine reine Ländersteuer, die in NRW verbleibe. Viele hätten in Kunst investiert, aber kein Barvermögen für die hohen Steuerzahlungen. Der Kunstmarkt und der Haushalt würden schwer durchschaubar. Bei Fällen von mehr als zwei Millionen Mark in Kunstgegenständen müsse der Haushaltsausschuß zustimmen. Dazu müßten die Steuerpflichtigen das

Finanzministerium von der Wahrung des Steuergeheimnisses entbinden.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) kündigte wohlwollende Beratung an und hielt den Antrag für mutig und die Forderungen für sehr sinnvoll. Es werde mehr solche Fälle geben. Es gelte, diese Hergabe als Steuerzahlung anzuerkennen. Die SPD stimme zu.

Leo Dautzenberg (CDU) sah eine der Kulturhoheit der Länder entsprechende Vorschrift in der Abgabenordnung. Das Land müsse sein besonderes Interesse an der Annahme von Kunstgegenständen als Erbschaft- oder Vermögensteuer dokumentieren. Das Budgetrecht des Parlaments müsse gewahrt bleiben. Die F.D.P. hätte dieses stärken können beim CDU-Vorschlag, jeden Ankauf von Grundvermögen zu Landes-zwecken über drei Millionen Mark an die Zustimmung des Haushaltsausschusses zu binden. Beim Ankauf flössen Millionenbeträge am Landtag vorbei.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt den Anstoß seiner Fraktionskollegin Gisela Nacken im Vorjahr für sehr fruchtbar und stimmte dem F.D.P.-Antrag zu, was ihm schwerfalle. Der Fall eines Aachener Fabrikanten habe gezeigt, wie schnell die Finanzverwaltung der Versuchung erliege und das fiskalische Interesse zurückstecke. Die Risiken müßten beim Steuerpflichtigen bleiben. Gegen das Steuergeheimnis stehe die Steuerpflicht.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) antwortete, in Frankreich und Italien gebe es so etwas schon lange, in Deutschland sei es seit 1990 möglich. Allerdings fehle der Parlamentsvorbehalt. Das Budgetrecht sei tatsächlich tangiert. Er rechne mit mehr Fällen künftig. Der Vorschlag sei richtig.

Große Anfrage der Grünen zu Personalkosten

Pensionslasten – eine Spätfolge der 70er Jahre

Über die Große Anfrage der GRÜNEN-Fraktion zum Thema „Personalstellen- und Personalkostenentwicklung“ und die Antwort der Landesregierung (Drs. 11/8085) debattierte der Landtag am 16. Februar.

Peter Bensmann (CDU), Vorsitzender des Unterausschusses Personal des Haushaltsausschusses, hielt das Thema für nicht neu, daß die steigenden Personalkosten jeden politischen Handlungsspielraum zerschlugen und Investitionen verhinderten. Die CDU habe das zu Recht immer angeprangert. In der Ära Posser sei der Personalumfang um 18 000 Stellen gesunken, unter Schleußer um 8 105 Stellen gestiegen. Als Ergebnis stellte Bensmann fest, NRW habe die geringste Polizeidichte, liege bei der Relation Studienanfänger und Dozenten im unteren Drittel des Ländervergleichs. Trotz steigender Schülerzahlen gebe es keine Neueinstellungen von Lehrern, im Gegenteil, sie verließen vorzeitig ihren Dienst. Trotz Gutachten seien ganze 457 Stellen von 335 000 Landesbe-

diensteten weggefallen. Der dringende Abbau werde nicht angepackt. Noch immer gebe es kein Personalsteuerungsinstrument. Gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeitern müsse Leistung honoriert werden. Die Staatsaufgaben seien neu zu bestimmen, die Reform solle unverzüglich angepackt werden.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) sah einen Widerspruch zwischen Forderungen nach mehr Personaleinsatz und dem Vorwurf, nicht genug zu sparen. Einvernehmen gebe es im Unterausschuß über ein baldiges Stelleninformations- und Bewirtschaftungssystem. Die Schülerzahlen seien eine Herausforderung. Die SPD-Fraktion sei für verän-
(weiter nächste Seite)

Grünen-Vorstoß zu Kurdenpolitik abgelehnt

Schnoor sieht Situation als bedrückend an

Den Grünen-Antrag „Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden verlängern“ (Drs. 11/8423) lehnte der Landtag mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. am 17. Februar ab.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erklärte, mehrfach habe Amnesty International (AI) Berichte über Verhaftung, Folterung und Anklage abgeschobener Kurden erhalten. Der Kurde Rezan Askin sei nach Abschiebung aus Bruchsal am Flughafen Istanbul direkt verhaftet worden. Beim Verhör solle er geschlagen und gefoltert worden sein. Der Lagebericht des Auswärtigen Amts vom Januar 1994 stimme mit AI-Erkenntnissen überein, die auch vom Europarat bestätigt würden. Festnahme und Verhör drohten vor allem, wenn Rückkehrer keine gültigen Papiere oder ein Asylverfahren durchlaufen hätten. Die Landesregierung solle eine Verlängerung des Abschiebestopps verfügen.

Edgar Moron (SPD) erinnerte an die letzte Aussprache darüber im November 1994. Der Verdacht habe sich inzwischen erhärtet, daß abgeschobene Kurden Repressalien und Gefahren ausgesetzt seien. Wir müßten alles unternehmen, um Übergriffe und Verstöße gegen Menschenrechte in der Türkei zu verhindern. Nach der Rechtslage könne der Bundesinnenminister den Abschiebestopp beenden. Eine SPD-geführte Bundesregierung würde das Ausländergesetz ändern, so daß eine Mehrheit der Bundesländer ausreiche. Schnoor versuche das, er habe alles andere als eine Sheriffmentalität und sei ein sehr nachdenklicher Mann. Ihm werde es Anfang März gelingen, eine menschlichere Haltung der Bundesregierung herbeizuführen.

Heinrich Meyers (CDU) meinte, von den Grünen abweichende Meinungen würden in

eine bestimmte Ecke gestellt. Dennoch nehme er gegen den Antrag Stellung. Auch nach der Verurteilung von acht ehemaligen kurdischen Abgeordneten im Dezember 1994 habe sich keine generelle Verfolgung von Kurden erkennen lassen. Daß Kurden aus ethnischen Gründen verfolgt würden, könne nicht behauptet werden. Anders sei es, wenn sie des Separatismus verdächtig seien oder der PKK angehörten. Die PKK sei eine kommunistische kurdische Untergrundbewegung, agiere in der Türkei terroristisch und sei auch in Deutschland durch schwere Verbrechen in Erscheinung getreten. Ein genereller unbefristeter bundesweiter Abschiebestopp sei nicht geboten, die Einzelfallprüfung sei angemessen: Alles andere wäre ein falsches Signal und zwölf Millionen Kurden in der Türkei bei Auswanderung ein Bleiberecht in Deutschland einräumen, das uns vor unlösbare Probleme stellen würde.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) lehnte den Antrag aus den bereits erwähnten rechtlichen Gründen ab, stimmte jedoch Sorgen über aktuelle Berichte zu. Zwei Bundestagskollegen informierten sich zur Zeit in der Türkei vor Ort. Der Antrag ehre den Antragsteller, sei aber bedeutungslos.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sah schwierige Entscheidungen und eine ähnliche Beurteilung der Situation in der Türkei. Über eine Fluchtalternative im Westen werde er immer unsicherer. Abschiebestopp auch für andere seien bedrückende Themen. Wenn das türkische Urteil nicht vorliege, müsse der Gruppenschutz verlängert werden. Die deutsche und die türkische Polizei in AI-Berichten in einem Atemzug zu nennen, nehme einem jede Gesprächsbasis. Eine bestimmte Familie werde er aus der Türkei herausholen und aufnehmen.

Pensionslasten...

Fortsetzung von Seite 9

derte Parameter und halte das Instrument „Geld statt Stellen“ für gut und ausbaubar. Lehrer als Angestellte seien in der Diskussion. Bei der Polizei seien richtige Schritte der Neuorganisation unternommen worden. Mehr Polizeibeamte sollten dem originären Polizeidienst zur Verfügung stehen. Bei der Relation Finanzbeamte zu Einwohnern stehe NRW an der Spitze der Flächenländer.

Rudolf Wickel (F.D.P.) stellte fest, alle politisch Handelnden hätten mit Gesetzen, Anträgen und Haushaltsberatungen den heute beklagten Zustand geschaffen. Folgte man den Verbänden, gäbe es 1995 einige zehntausend Stellen mehr. Personalkosten könnten nur durch Aufgabenverminderung abgebaut werden. Die Frührentierung sei nicht mehr hinnehmbar. Das Pensionsalter solle bei 65 Jahren erreicht sein statt wie derzeit bei 58 Jahren. Ferner müßten Abschläge bei vorzeitigem Ruhestand hingenommen werden. Bei höherem Sicherheitsbedürfnis einer alternden Bevölkerung und erheblichen Zuwanderungen könne die Polizei nicht abgebaut werden. Die F.D.P. wolle Management statt Verwaltung.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt diese Vorrede für einen brillanten Spagat zwischen Aufgabenabbau und Investitionen in die Bildung. Infast sei es, Frührentierung in den Finanzzusammenhang zu bringen. An den Schulen hänge diese mit zu großen Klassen und mehr Gewaltproblemen zusammen. Die Zahlen der Landesregierung in der Antwort gäben keinen Raum für Personalabbau. Der Arbeitsstab Aufgabenkritik habe eine Alibifunktion. Seine Vorschläge nach Gutachten führten nicht weit. Im Bereich Schule ergäben sich mehr Lehrer in gewaltigem Umfang. Man müsse doch sehen, was in den Schulen passiere und danach den Lehrbedarf anpassen. Auch an den Hochschulen gebe es zu wenig Personal. Qualitativ sei eine massive Verschlechterung eingetreten. Bei Steuerprüfungen liege NRW weit hinten. Pensionslasten stiegen explosionsartig, weil es zu viele Beamte auf Angestelltenstellen gebe.

Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) sah erheblichen Handlungsbedarf zur Eindämmung der Personalkosten. Das Mehr an Personal sei durch Arbeitszeitverkürzungen entstanden. Aufgestockt worden sei in sensiblen Bereichen: Polizei, Hochschule, Justiz, Finanz. Die „Generelle Handlungslinie Personal“ sehe eine Bindung der Personalkosten nicht über 50 Prozent der Steuereinnahmen vor, eine ganz einsame Position. Die Hauptursache für die Kostenexplosion seien die hohen Einstellungen von Mitte der 60er Jahre bis 1981. Die hohen Versorgungsleistungen seien nicht mehr zu ändern. Von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam müsse Frührentierung abgebaut werden.



In öffentlicher Sitzung wertete der Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit am 8. März unter Leitung des Vorsitzenden Jürgen Büssow (r.) in Anwesenheit von Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (2. v. l.) die Anhörung über Möglichkeiten eines Bundeslandes vom 2. September 1994 aus (Bericht in der nächsten Ausgabe).
Foto: Schäfer

Sprachtherapeuten...

Fortsetzung von Seite 9

Sprachheiltherapeuten hätten unterschiedliche Qualifikationen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) stellte fest, die dem Ausschuß bekanntgewordenen Fälle würden von den Finanzämtern existenzbedrohend behandelt. Hunderttausende von Mark

Umsatzsteuer würden nacherhoben. Die Kosten von Betroffenen würden mit Pfändungen überzogen, die Aufrechterhaltung der Praxen gefährdet, zusätzlich durch Gewerbesteueransprüche der Gemeinden.

Daniel Kreutz (GRÜNE) hielt die steuerliche Schlechterstellung für schlichtweg unverträglich. Die Einzelfallprüfung einer unbilligen

Härte reiche nicht aus. Dem Text des Haushaltsausschusses könnten die Grünen zustimmen, aber es fehle ein landespolitisches Signal.

Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) bedauerte die Einlassungen von F.D.P. und Grünen, weil es um Steuergerechtigkeit auch für die Gehe, die Steuern gezahlt hätten.



Der Landtag ist eine Hochburg der Politik, aber in der närrischen Zeit mußten auch die Politiker das Zepter abgeben und dem Frohsinn Tribut zollen. Am Montag, 20. Februar, hatte Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (3.v.r.) die kommunalen Repräsentanten sowie die Prinzenpaare und Karnevalisten der Städte bzw. Kreise Düsseldorf, Neuss, Krefeld, Mönchengladbach und Viersen um 11.11 Uhr in den Landtag zum traditionellen „Karnevalistischen Streitgespräch 1995“ eingeladen. — Aber auch der Landtagsverwaltung wünschten Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe sowie Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender mit „Helau und Alaa!“ viel „Karnevalsfreud“. Die Beschäftigten des Parlaments, auch Abgeordnete und Gäste, feierten am Donnerstag, 23. Februar, ebenfalls ab 11.11 Uhr Weiberfastnacht im Foyer des Hohen Hauses am Rhein. Foto: Schälte

Recycling-Effekt bei Antrag zu Kriminalität an Schulen vermutet

„Kriminalität an Schulen nimmt weiter zu — Landesregierung soll Gewaltbericht über NRW-Schulen vorlegen“ hieß ein Antrag der CDU, mit dem sie bei den übrigen drei Fraktionen kaum auf Zustimmung stieß. Nach eineinhalb Jahren Beschäftigung mit dem Thema bestritt u.a. der Kultusminister dem Antrag Ernsthaftigkeit. SPD und GRÜNE stimmten gegen das Papier. Die F.D.P. enthielt sich der Stimme (Drs. 11/8351). Der Antrag war damit in direkter Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Manfred Kuhmichel (CDU) sagte: „Wir müssen alles in unserer Verantwortung stehende tun, damit unsere Schulen nicht noch weiter in den spekulativen Dunstkreis gewalttreibender Veranstaltungen hineingeraten“. Als Grundlage für tabufreie Beratungen und Diskussionen brauche man sorgfältig und sensibel angesetzte und sicherlich auch wissenschaftlich begleitete Untersuchungen und Erhebungen, ohne daß zahlreiche Schulen Nachteile fürchten müßten.

Doris Langenbruch (SPD) stellte die Frage, welche Verantwortung nun in der Schule liege? Es gebe bereits jetzt eine ganze Reihe von schulbezogenen Studien über das Gewaltphänomen. Man beobachte nicht eine zunehmende Gewalt, sondern eine veränderte Gewalt. Die Übergriffe seien anders. Sie gestalteten sich anders. „Das beobach-

ten wir in der Schule.“ Die Abgeordnete wies indessen darauf hin, die Schule sei nicht Auslöser der Gewalt.

Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) betonte, es sei in der Tat nicht der erste Antrag dieser Art, den die CDU-Fraktion hier stelle. Es schleiche sich schon der Eindruck eines gewissen Recycling-Effektes ein. Diesmal konzentriere sich die CDU darauf, einen Bericht zu fordern. Er finde, daß die CDU ihre bisherigen Initiativen, die sie zum Thema Gewalt an Schulen ergriffen habe, nachträglich dadurch entwerte, daß sie jetzt am Schluß der Legislaturperiode lediglich einen Bericht haben wolle.

Brigitte Schumann (GRÜNE) hielt der CDU vor, sie versuche, das Phänomen „Gewalt in der Gesellschaft“ auf eine Gruppe zu konzentrieren und einer Institution die Ursache dafür in die Schuhe zu schieben, um damit im nächsten Schritt der Landesregierung, die ja für die Schule verantwortlich sei, sagen zu können, daß sie versagt habe. Alles andere bleibe ausgeblendet. „Auch Ihre eigene Politik — und das machen wir nicht mit“, schloß Frau Schumann. Das sei Mißbrauch, den die CDU hier betreiben wolle, und das sei zu durchsichtig.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) sagte, mehr als eineinhalb Jahre habe man zur Gewalt an Schulen intensiv beraten. Man habe eine Anhörung gemacht. Man habe sogar versucht, einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln. Und nun komme die CDU mit einem neuen Antrag, der nichts, aber auch gar nichts Neues enthalte, ja, der zurückfalle hinter alle Annäherungen, „die uns ja gelungen waren“. Und alle Ergebnisse würden mit diesem Antrag wieder in Frage gestellt. „Das halte ich für unverträglich angesichts der Ernsthaftigkeit, die die Beschäftigung mit diesem Thema nun einmal verlangt.“

Entwicklungspolitik als Wurmfortsatz

Der Landtag hat den CDU-Antrag „Entwicklungspolitik muß transparenter werden“ einstimmig an den Unterausschuß des Hauptausschusses „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ mit der Maßgabe überwiesen, daß dort die Beratung und die abschließende Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgt (Drs. 11/8382).

Ilka Keller (CDU) sagte: „Wir wollen endlich einmal genau wissen, was mit der Entwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen los ist und wo die Steuergelder unserer Bürger letztlich bleiben.“

Helmut Kupski (SPD) wies auf eine Fülle von entwicklungspolitischen Forderungen hin. Aktuell sei die Kinderprostitution. Er bitte darum und wende sich an das gesamte Haus, daß sich die Ausschüsse Justiz, Wirtschaft, Inneres und Frauen mit dieser drängenden Problematik beschäftigten.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) bekräftigte: „Politik muß transparenter werden. Entwicklungspolitik muß transparenter werden.“

Bärbel Höhn (GRÜNE), Fraktionssprecherin, beklagte, unter der CDUgeführten Bundesregierung sei nicht nur der Umfang der Entwicklungszusammenarbeit auf ein neues Rekordtief gesunken, sondern sie sei auch zu einem Wurmfortsatz der Exportförderung verkommen.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, er verstehe den Antrag als Ansporn. Der Minister bekundete indessen das Interesse, „uns über dieses Feld nicht zu weit auseinanderzudiskutieren, und zwar auch nicht in Wahlkampfzeiten“.

Klimaschutz...

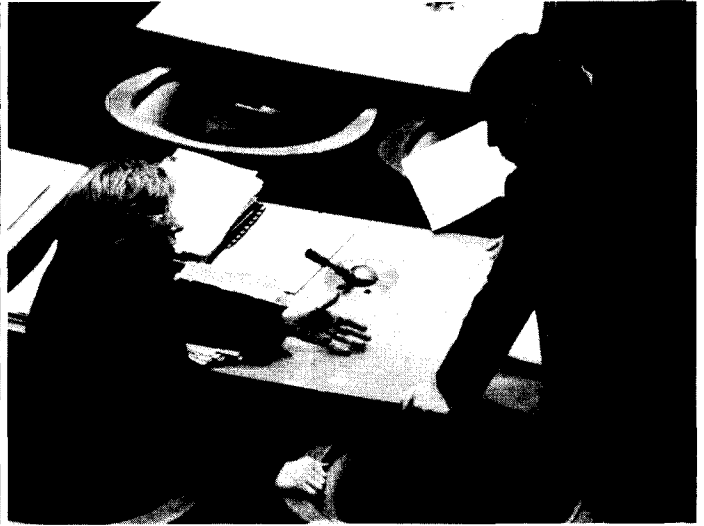
Fortsetzung von Seite 4
Dr. Norbert Hüttenhölischer (Energieagentur NRW) ging noch näher auf Sparpotentiale im Baubereich ein, die er in Altbauten auf bis zu 60 Prozent bezifferte.

Professor Friedrich Schnapp (Ruhr-Universität Bochum) befaßte sich mit der Legitimation des Landtags zur Standortentscheidung über Garzweiler II. Die Grundsatzentscheidung für Braunkohlenplanung und -abbau sei im Landesplanungsgesetz bereits gefallen. Im Landtag könne es höchstens noch um territoriale Erweiterung gehen. Die optimale parlamentarische Mitwirkungsform sei eine Entschließung.

Dr. Herbert Hemming (NRW-Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung) befaßte sich mit dem Beitrag der Verkehrspolitik zum Klimaschutz. Ohne Veränderung auf Bundes- und EU-Ebene hielt er das CO₂-Ziel für nicht erreichbar.

Reinhard Gerlach (Planungsbüro Schmitz Aachen) trug das Konzept energiesparenden Bauen am Modell Niedrig-Energiehaus Düren vor und rechnete die Wirtschaftlichkeit und die Energiesparpotentiale durch Altbaumodernisierung vor.

(weiterer Bericht folgt)



Meinungsaustausch: Im linken Bild SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann (vorne) im Gespräch mit seinen Fraktionskollegen Bernd Poulheim (2. v. r.) und Hans Alt-Küpers. Oben der Abgeordnete Heinz Hunger (SPD). — Im Bild rechts der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen im Gespräch mit seiner Fraktionskollegin Dr. Annemarie Schraps.

Forderung nach mehr Transparenz bei den elektronischen Medien

Konzentration ist Gefahr für die Meinungsvielfalt

Um Transparenz und Kontrollmöglichkeiten bei den elektronischen Medien ging es bei einer Debatte über den CDU-Antrag mit dem Titel „Für Meinungsvielfalt und Wettbewerbsgleichheit — Die moderne Fernsehlandschaft verlangt neue Konzentrationsregelungen“. Der Antrag wurde abgelehnt, ein Entschließungsantrag der SPD angenommen (Drs. 11/8062 und 8486).

Jürgen Büssow (SPD) sagte an die CDU gerichtet: „Wenn Sie für Konzentrationsbeschränkung sind, wenn Sie in der Konzentrationskontrolle für einen Minimalkonsens sind, müssen Sie unserem Antrag zustimmen.“ Der Abgeordnete fuhr fort: „Dabei nehmen wir die Union beim Wort — eins zu eins! Wir wollen Transparenz — Sie haben sich stets für Transparenz ausgesprochen. Wir wollen bessere Instrumente — das verlangen Sie in Ihrem Antrag. Sie wollen eine Gesamtkonferenz — wir sagen: Nein, dafür brauchen wir keine Gesamtkonferenz, sondern hier kann das Parlament und können die Ministerpräsidenten gemeinsam entscheiden.“ Man müsse sich in der Tat darauf verständigen, welches die richtigen Konzentrationsmodelle seien, wie viele Anteile jemand im Medienmarkt haben dürfe, ob man beispielsweise die Besitzanteile im Fernsehrechtmarkt einrechnen müsse, wenn jemand wie Kirch 60 Prozent der Fernsehrechte und Spielfilmserien kontrolliere.

Kontrollrechte

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, merkte an, aus ideologischen Gründen sei die SPD auch beim Thema „Medienkonzentration“ wie beim Thema „Reform der ARD“ nicht bereit, dringend notwendige Entscheidungen zu treffen, um private und öffentlich-rechtliche Medien für die Zukunft zu sichern und ihre Wettbewerbsfähigkeit im europäischen und

internationalen Wettbewerb zu gewährleisten. Das Thema Kontrollrechte sei ein Teil dieser Diskussion. Aber es gehe nicht nur um die Frage der Kontrollrechte. Alle Fachleute, alle Landesmedienanstalten, alle Staatskanzleien hätten einmütig festgestellt, daß die geltenden Regelungen des Staatsvertrages technisch und programmlich überholt seien.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) erklärte, bereits im Februar 1993 habe die F.D.P.-Landtagsfraktion mit ihrem Antrag „Bekämpfung der Medienkonzentration“ versucht, die zunehmende Konzentration auf dem Medienmarkt gemeinsam mit den anderen Fraktionen anzugehen. Bis heute habe sich da nicht viel getan. Man müsse immer wieder betonen, daß die Konzentration auf dem Medienmarkt eine ernsthafte Gefahr für die Meinungsvielfalt in Deutschland darstelle. Man habe feststellen müssen, daß die große Koalition der Ministerpräsidenten von CDU und SPD bisher keine ausreichende Anstrengung habe erkennen lassen, die zunehmende Konzentrationsstendenz auf dem Medienmarkt ernsthaft zu bekämpfen.

Bärbel Höhn (GRÜNE) sagte, der Antrag der SPD sei aus ihrer Sicht nur dazu geeignet, einen Teil des Problems zu lösen. Es gehe im wesentlichen um die Transparenz, also um das Recht der Akteneinsichtnahme, der Prüfung der Geschäftsunterlagen usw. „Das halten wir für richtig, und wir werden deshalb diesem Antrag der SPD zustimmen.“ Damit sei aber noch nicht das Problem der Medienkonzentration gelöst. Wichtig seien auch Teilnehmungsbeschränkungen. Frau Höhn warf die Frage auf, wie man sie schaffe. Eine Lösung müßte auf Bundesebene kartellrechtlichen Charakter haben.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) stellte daraufhin die Frage, ob man glaube, daß das Kartellrecht in Deutschland

wirklich wirksam Macht, Machtzusammenballungen verhindert habe? Man wolle im Medienbereich keine Einrichtung wie die Deutsche Bank beispielsweise, die das gesamte System beherrschen könne. Das sei im Medienbereich absolut unakzeptabel. Diese Vorstellung, Medien unter ausschließlich kartellrechtlichen Gesichtspunkten, also wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu behandeln, halte er für undenkbar. Im Verlauf seiner Ausführungen unterstrich der Minister: „Für uns führt kein Weg mehr daran vorbei: Einen umfassenden Staatsvertrag über Medienkonzentration gibt es mit uns nicht ohne gleichzeitige Normierung der Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“

Abschiedsworte ...

Fortsetzung von Seite 8

stunden zu verzeichnen ist...

Der Bergbau in NRW präsentiert heute weltweit den höchsten Sicherheitsstandard, der auch im Ausland anerkannt ist. Als Ursache hierfür wird nicht zuletzt die im Verhältnis zu anderen Ländern strenge hoheitliche Überwachung der bergbaulichen Tätigkeit angesehen. Der Ausschuß für Grubensicherheit ist mit ein Garant für den Bestand und die Kontinuität solcher Grubensicherheit.

In der gegenwärtig angespannten Situation im Steinkohlenbergbau reagieren die Belegschaften außerordentlich sensibel auf jegliche Maßnahmen, die auf eine Kohlerückzugspolitik hindeuten... Das Land NRW und die Landesregierung haben stets eindeutig Position für den Bergbau und die Bergleute bezogen. Dies zeigt sich auch in dem starken Bemühen um Grubensicherheit und Gesundheitsschutz, insbesondere durch die kontinuierlich erfolgte Einsetzung des Ausschusses für Grubensicherheit, der auch bei den Belegschaften, Unternehmen und Verbänden mit seiner Präsenz die Kontinuität der nordrhein-westfälischen Kohlepolitik unterstreicht.“

Bedauern über fehlenden Verfassungsrang für den Tierschutz

Mitgeschöpfe an der Seite des Menschen

„Tierschutz in Nordrhein-Westfalen“ stand als Überschrift über der Debatte. Grundlage waren die Große Anfrage 39 der GRÜNE-Fraktion sowie die Antwort der Landesregierung dazu (Drs. 11/7433 und 8258). Allseitig wurde das Bedauern deutlich, daß es bisher nicht gelungen sei, dem Tierschutz Verfassungsrang zu geben. Sprecher aller Fraktionen waren sich in der Auffassung einig, daß die Tiere Mitgeschöpfe an der Seite des Menschen seien.

Siegfried Martsch (GRÜNE) hielt der Landesregierung vor, sie scheine an einigen Stellen bestehende Probleme bewußt und damit fahrlässig herunterzuspielen. Er nannte den Konfliktbereich „gewerbliche Tierhaltung“. Er folgerte, daß NRW auch in der Massentierhaltung einen nicht unbeachtlichen Handlungsbedarf habe, und er frage sich, wie die Landesregierung in Fällen handle, in denen selbst die gesetzlichen Mindestanforderungen, insbesondere 450 Quadratmeter Bodenfläche pro Legehennen, von einzelnen Betrieben nicht eingehalten würden.

Herbert Heidmann (SPD) sagte, die Tierschutzpolitik im Lande NRW sei vorbildlich, in ihrer Gänze erfolgreich und könne sich sehen lassen. „Unsere Tierschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen speist sich im Grunde genommen aus der Vorstellung von der Mitgeschöpflichkeit des Tieres und der Überzeugung, daß dieser Gedanke in die Verfassung eines demokratischen Staates hineingehört, der sich ja nicht von ungefähr auf seine christliche Vergangenheit bzw. die vom Christentum geprägte Geschichte beruft“, folgerte der Abgeordnete.

Ilka Keller (CDU) meinte, eigentlich hätten die Grünen ihre Große Anfrage 39 an die Bundesregierung richten müssen, denn ein großer Teil dieses 20seitigen Fragenkatalogs beziehe sich auf Bereiche, die in die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes fielen. Die Landesregierung habe sich deshalb in ihrer 100seitigen Antwort auch immer wieder auf die Bundeskompetenz berufen und deutlich gemacht, daß für die Tierschutzpolitik des Landes die Grundsätze und Ziele

des Deutschen Tierschutzgesetzes maßgebend seien. Dieses Gesetz habe sich im großen und ganzen bewährt. Es bezeichne die Tiere als Mitgeschöpfe und weise ihnen damit einen besonderen Platz an der Seite des Menschen zu.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) ging auf das drängende Problem der Tiertransporte ein. Auf die schrecklichen Bilder dazu sei mehrfach hingewiesen worden. Die Grünen wollten vier Stunden. „Wenn wir schon einmal acht Stunden erreichen könnten, wären wir schon auf dem richtigen Wege.“ Die Abgeordnete begrüßte es, daß die Landesregierung auch auf diesem Gebiet aktiv werden wolle. Natürlich kämen noch andere Maßnahmen hinzu. So seien bei der Durchführung der Verordnung noch die Teilregelungen erforderlich, z.B. bezüglich der Ladedichte, der Fütterungs-, Tränk- und Ruhezeiten. Dann müßten Anforderungen an die Transportfahrzeuge gestellt werden.

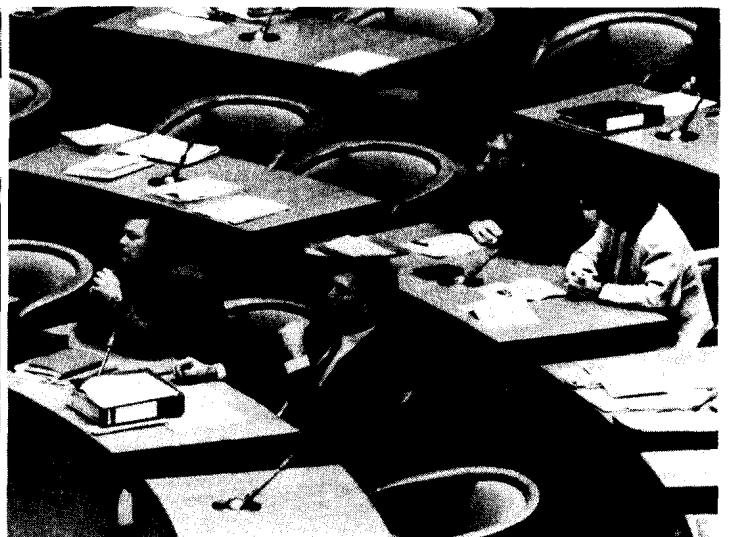
Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) betonte, die Landesregierung habe sich immer stark dafür gemacht, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern. „Wir bedauern mit anderen, daß ein entsprechender Antrag weder in der Gemeinsamen Verfassungskommission noch im Rahmen der Verfassungsreformdebatte des Deutschen Bundestages die erforderliche Mehrheit erhalten hat.“ Eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Verankerung hätte wegen der normativen Verbindlichkeit den Tierschutz mit Sicherheit gestärkt, und dort, wo Defizite vorhanden seien, vorgebracht. Zu den Defiziten zählte der Minister die Transportbedingungen für Lebendvieh.

Entwicklung der Fachhochschulen voranbringen

Der Landtag hat den Antrag der F.D.P-Fraktion „Fachhochschulen stärken – Weiterentwicklung forcieren“ einstimmig an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung überwiesen. In vielen Punkten, so der Vereinheitlichung des Tarifrechts, waren sich Abgeordnete aller Fraktionen sowie die Wissenschaftsministerin einig (Drs. 11/8417).

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses, sagte, für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen fordere man bei den bestehenden Bonner Verhältnissen der Bundesratsmehrheit verstärkte Aktivitäten der Landesregierung. Ein einheitliches Professorenamt für die Fachhochschulen sei mehr als überfällig. Dabei müsse man aus den verkrusteten Besoldungsstrukturen heraus. Man stelle sich eine Eingangsstufe zwischen C 2 und C 3 vor. Der Abgeordnete setzte sich ferner für die Erweiterung des Fächerspektrums ein. Auch über die Ausgestaltung des postgradualen Bereichs sollte nachgedacht werden.

Karl Schultheis (SPD) sagte, es sei unstrittig, daß man in dem Ziel, die Fachhochschulen zu stärken und weiterzuentwickeln, auf einer gemeinsamen Grundlage arbeite. Zu Recht habe sein Vorredner die Hochschulbaufinanzierung angesprochen, die auf schwachen Füßen stehe, insbesondere (Fortsetzung Seite 14)



Momentaufnahmen: Im linken Bild die stellvertretende F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Marianne Thomann-Stahl. Im rechten Bild Blick auf die Fraktion der GRÜNEN mit Fraktionssprecherin Bärbel Höhn und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Michael Vesper (vorne) sowie den Abgeordneten Gisela Nacken und Gerd Mai (dahinter).

Fragen nach der Nutzung freigewordener Wohnungen der Alliierten noch offen

Über einen Antrag der GRÜNEN-Fraktion (Drs. 11/8424) mit dem Titel „Sicherung preiswerten Wohnraums – Sozialpflichtigkeit des Eigentums muß auch für Landesregierung gelten“ debattierte der Landtag am 16. Februar 1995. Die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß (federführend), den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen sowie den Ausschuß für Kommunalpolitik wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen abgelehnt.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) bezweifelte, daß die Landesregierung in ihrer Eigenschaft als Wohnungseigentümerin der Forderung nach Sozialpflichtigkeit des Eigentums in vollem Umfang gerecht werde. Als akuten Anlaß hierfür nannte er leerstehende Wohnungen der ehemaligen britischen Rheinarmee in Düsseldorf, die sich für die Umwandlung in sozial gebundenen Wohnraum eignen würden. Für das generelle Problem der leerstehenden Wohnungen alliierter Streitkräfte in NRW empfahl er den preisgünstigen Verkauf an die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), um die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum zu ermöglichen.

Fall Düsseldorf

Gerhard Wirth (SPD) sah eine grundsätzliche Einigkeit darin, möglichst viel preiswerten Wohnraum bereitzustellen und viele Wohnungen mit einer sozialen Bindung zu versehen. Diese Bindung sei v.a. bei landeseigenen Wohnungen zu beachten. In dem angesprochenen Fall liege die Entscheidung momentan bei der Stadt Düsseldorf. Für die generelle Frage nach der Nutzung freigewordener Wohnungen der Alliierten versprach er Diskussionen im zuständigen Ausschuß.

Siegfried Zellig (CDU) erklärte sich nicht einverstanden damit, einen einzelnen Sach-

verhalt mit einem generellen Lösungsvorschlag zu verknüpfen. Allgemeingültige Entscheidungen über den Verbleib alliierter Wohnungen könnten nicht getroffen werden, da nicht sicher sei, ob die konkrete Situation vor Ort dies zuließe. Gegen einen Verkauf nur unter entsprechenden Auflagen sei „in der Tendenz“ nichts einzuwenden. Eine Übertragung an die LEG lehne die CDU-Fraktion jedoch ab.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) stimmte für seine Fraktion einem Verkauf der Wohnungen zu. Jedoch sei die generelle Forderung der Grünen nach Um- und Ausbau der Wohnungen statt Abriß und Neubau von der Prüfung des Einzelfalls abhängig und könne deswegen nicht befürwortet werden. Er bat die Landesregierung um Aufklärung darüber, ob die Wohnungen aus dem Grund leerstünden, weil sie schwierig zu verkaufen seien oder weil innerhalb der Landesregierung Unstimmigkeiten über den Preis bestünden.

Finanzminister Heinz Schluöber (SPD) betonte, die Behauptung, daß besagte Wohnungen meistbietend ohne Auflagen verkauft würden, sei eine Unterstellung. Bei den bisherigen Verkäufen ehemaliger Alliiertenwohnungen sei bereits nach dem Gebot der Sozialpflichtigkeit verfahren worden. In dem Fall Düsseldorf habe man sich bemüht, die Vorschläge der Stadt aufzunehmen. Dies sei im Einvernehmen mit der Bauministerin geschehen.

Angebote für die Kinder mit hoher Begabung

CDU und F.D.P. stimmten für den Antrag der Liberalen auf besondere Förderung von Begabungen statt Nivellierung. Das Land habe Eliten nötig, hieß es. SPD und Grüne hingegen stellten sich auf den Standpunkt, Begabtenförderung finde in der Schule statt, und lehnten den Antrag ab (Drs. 11/8415).

Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) sagte, Leistungselitenförderung sei nicht ein Privileg für wenige, sondern sie sei eine notwendige Voraussetzung für die Sicherung der Arbeitsplätze aller. Deswegen könne es sich eine Gesellschaft, die im Wettbewerb bestehen möchte, gar nicht leisten, Leistungseliten verkümmern zu lassen, Hochbegabungen nicht zu erkennen und nicht zu fördern.

Jarka Pazziora-Merk (SPD) meinte, es könne sein, daß die Schule besonders begabte Kinder als solche gar nicht wahrnehme und diese Kinder dann durch permanente Unterforderung die Lust verlören, sich am Unterricht zu beteiligen. Um das zu verhindern, halte sie eine angebotsorientierte Begabungsförderung für unverzichtbar. (Fortsetzung Seite 15)

Fachhochschule...

Fortsetzung von Seite 13
auch wegen der nachlassenden Bundesmitfinanzierung. „Wir haben in Nordrhein-Westfalen hier einen Schwerpunkt gesetzt.“ Bis heute seien nämlich 1709 räumliche Studienplätze zusätzlich geschaffen worden, und bis Ende 1995 seien 6095 räumliche Studienplätze im Bau.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) erklärte, der Kollege Schultz-Tornau habe die Situation richtig beschrieben. Eine Reihe von Punkten sei angesprochen worden. Aber das wesentliche sei: Inwieweit seien sie umgesetzt worden, und wo könne man etwas tun, um die Umsetzung zu forcieren?

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) betonte, seine Fraktion setze sich dafür ein, die Hierarchien zwischen Universitäten und Fachhochschulen, die sich nicht zuletzt im Besoldungsgefüge zeigten, abzubauen. Man strebe eine neue wissenschaftliche Personalstruktur für Universitäten und Fachhochschulen an. Unter anderem trete man für die Abschaffung des Beamtenstatus ein. Dieser Beamtenstatus sei mit dem Hochschulamt nicht notwendig verknüpft.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) bestätigte, die F.D.P. renne mit vielen ihrer Forderungen seit längerem offene Türen ein, beispielsweise, daß man das Tarifrecht vereinheitlichen müsse, beziehungsweise so öffnen müsse, daß die Benachteiligung der Fachhochschulabsolventen endlich aufhöre. Das Ärgerliche sei, „daß wir bei den Innenpolitikern und Laufbahnrechtlern des Bundes, leider — so sage ich — auch der Länder hier immer seit Jahren auf Beton beißen“. Vielleicht könne die späte Erkenntnis des F.D.P.-Antrages dazu beitragen, daß man an dieser Stelle ein wenig weiterkomme.



Der Botschafter der Mongolei, Udwal Luvsantjamts, hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet. Er wurde von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe empfangen. Foto: Schälte

Rechtssichere Verfahren bei Weiterbildung gesucht

Mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen hat der Landtag in direkter Abstimmung den Antrag der F.D.P. zur Rechtssicherheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Bildungsurlaub abgelehnt (Drs. 11/8416). Den Liberalen wurde von SPD und Grünen vor allem ihre entgegenkommende Haltung gegenüber den Arbeitgebern vorgeworfen.

Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) sagte, es gehe in dem Antrag um die spezielle Frage, wer denn die Kosten trage, wenn Arbeitnehmer Bildungsurlaub nähmen. Das seien, wenn sie für fünf Tage freigestellt würden, immerhin Kosten in der Größenordnung von 1205 Mark, ein beachtlicher Betrag, insbesondere wenn man an die Lage kleiner und mittlerer Unternehmen denke. Es sei daher nicht abwegig, wenn man sage: Es müsse nicht so sein, daß jede Form von Bildungsurlaub generell von Arbeitgebern bezahlt werde. Einen Teil ihrer Weiterbildung könnten Arbeitnehmer auch zu Lasten ihrer Ferien- und Urlaubszeiten abwickeln. „Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen entlasten.“

Manfred Degen (SPD) sagte, er habe überlegt, wie es denn dazu komme, daß sich gerade die F.D.P. dieser Frage annehme. Jetzt habe Herr Reichel gesagt, es gehe in dem Antrag darum, wer die Kosten trage. „Ich dachte, es ginge bei dem ganzen Verfahren darum, mehr Rechtssicherheit für die Nutzer des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes, nämlich für die Arbeitnehmer, zu bekommen.“ Der F.D.P. gehe es in dem Antrag nicht um mehr Rechtssicherheit, sondern um Einschränkung des Spektrums der Arbeitnehmerweiterbildung. Die Verknüpfung von politischer und beruflicher Bildung tauche bei der F.D.P. nicht mehr auf, sondern Arbeitnehmerweiterbildung werde auf berufliche Weiterbildung reduziert.



Arbeitnehmer und die Weiterbildung: v.l. Dr. Andreas Reichel (F.D.P.), Manfred Degen (SPD), Marie-Luise Woldering (CDU), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Kultusminister Hans Schwier (SPD). Fotos: Archiv

Marie-Luise Woldering (CDU) betonte, man habe bereits zum Ausdruck gebracht, daß es nach Meinung der CDU zum jetzigen Zeitpunkt nicht unbedingt einer Novellierung des Gesetzes bedürfe. Ein holpriges und teilweise ungerechtes Weiterbildungsgesetz habe, wie leider so häufig in der Praxis, durch die Rechtsprechung einen Anwendungsrahmen erhalten, mit dem man leben könne. Die Rechtsprechung habe einige sehr wichtige Punkte klargestellt, unter anderem zum Beispiel, daß die Bildungsmaßnahme auch dem Arbeitgeber einen greifbaren Vorteil bringen müsse.

Brigitte Schumann (GRÜNE) nannte den Antrag der F.D.P. „frech-dreist“. Die F.D.P. wolle sich hier zu guter Letzt auf den Zug des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes und seiner Novellierung draufschmeißen und an einem Thema profilieren, zu dessen Lösung sie erkennbar in der gesamten Legislaturperiode nicht beigetragen habe. Die F.D.P. wolle

aber auch noch etwas anderes, nämlich eine arbeitgebergerechte Offerte, „die Sie mit Ihren Eckpunkten formulieren, um der Diskussion einen ganz neuen Dreh zu geben“.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) bezeichnete das Rechtsgutachten auch aus Sicht der Landesregierung als zweckdienlich. Es habe sich gezeigt, daß die Auffassungen der Arbeitgeberseite, der Gewerkschaften und der Weiterbildungsorganisation zum Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz nach wie vor äußerst unterschiedlich seien. Der Landesregierung gehe es darum, eine Regelung zu finden, die nicht jeden Anspruch auf ein vernünftiges Gesetz dann auf den Rechtsweg schiebe, der bekanntlich ein langer sei. Mit Hilfe des Gutachtens solle geklärt werden, ob neben dem von der Landesregierung vorgeschlagenen Verfahren bei der Inanspruchnahme von Arbeitnehmerweiterbildung weitere rechtssichere Verfahren denkbar seien.

Begabung...

Fortsetzung von Seite 14

Hoch- und besonders begabte Kinder müßten durch Lob und Anerkennung motiviert und durch angemessene Aufgabenstellung besonders herausgefordert werden, sonst verkümmerten ihre Talente.

Norbert Giltjes (CDU) zitierte aus dem Wahlprogramm der CDU für den Landtagswahlkampf, die Union werde die besonderen Fähigkeiten hochbegabter Schüler gezielt fördern, um dem wichtigsten Rohstoff Intelligenz optimale Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Nur wenn die Begabten befähigt würden, Überdurchschnittliches zu leisten, könne den Schwachen in der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein gesichert werden.

Brigitte Schumann (GRÜNE) erklärte, die öffentliche Schule sei für alle Schülerinnen und Schüler da und für alle Begabungen. Sie habe die Lernschwachen genauso zu fördern wie die Starken. „Das ist unsere Grundüberzeugung. Deshalb fordern wir sehr konsequent die eine Schule für alle“, sagte die Abgeordnete.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) wies darauf hin, gefördert würden in NRW diejenigen, die es in der Schule schwerer hätten als

andere und ebenso diejenigen, die auf verschiedenen Feldern besondere Begabungen oder Leistungsbereitschaft zeigten. Aufgabe von Unterricht und Erziehung in der Schule sei die Förderung aller Schülerinnen und Schüler mit all ihren Begabungen und Fähigkeiten. Deswegen habe man in NRW ein Schulsystem aufgebaut, in dem die Differenzierung nach Neigung, Fähigkeit und Schwerpunkten in allen Schulformen ein leitendes Prinzip sei, von den Förderstunden in den Grund- und Sonderschulen bis hin zum Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe.

Sozial-ökologisches ...

Fortsetzung von Seite 7

stark genug seien, wolle das Land sie übernehmen. Alle rechtzeitigen Initiativen der Opposition habe die SPD abgelehnt. Erst im Dezember habe die F.D.P. titelscharf Mittelförderung statt Großunternehmenssubventionen gefordert. Alle Einzelvorschläge bei den Haushaltsberatungen habe die SPD abgelehnt und sogar Ansätze reduziert. Daher sei der Antrag unglaubwürdig.

Daniel Kreutz (GRÜNE) bemängelte, Wachstum sei wie vor 20 Jahren die Antwort der SPD auf die zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik. Statt von sozialer und ökologischer Verantwortung wie die SPD spreche die CDU vielleicht von Verantwortung vor

der Schöpfung, das sei der einzige Unterschied. Die ganze Hilflosigkeit der SPD offenbare sich in der Anpassung an konservative Wirtschaftspolitik. Hauptsache, bei den Arbeitgebern klingelten die Kassen. Das funktioniere nicht, belaste die Umwelt und den Arbeitsmarkt. Der Lehrstellenmarkt habe sich wieder erheblich verschärft. Eine Ausbildungsplatzabgabe als Anreiz sei handhabbar. Bei Wirtschaftsförderung dominiere Mitnahme. Die Maßnahmen würden auch ohne Mittel durchgeführt. Förderung werde auf Gewerbeflächen, Straßenbau, Flughäfen und Technologiezentren konzentriert. Bei neuen Technologien gebe es Politik der organisierten Bedenkenlosigkeit.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sah totale Ablehnung in der CDU-Rede, dagegen Lob von der F.D.P. und ein Sammelsurium von Ladenhütern des „ehrentwerten Neomarxisten“ Kreutz von den Grünen. Die Landesregierung begrüße den Antrag. Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Erneuerung und soziale Stabilität sei vielbeachteter Dreiklang und Markenzeichen für NRW geworden. 750 000 neue Arbeitsplätze seien seit 1984 entstanden. NRW sei Außenhandelsplatz Nummer Eins und Spitze in der Medienwirtschaft. Repräsentanten in Israel, Vietnam, Süd-Afrika sollten weitere Marktchancen sein. Der Antrag sei Aufgabe für die nächsten Jahre.

„Mit den vorhandenen Mitteln werden einfach nicht genug Wohnungen gebaut“

„In Nordrhein-Westfalen fehlen immer noch 400 000 Wohnungen“; sofortiges Umsteuern sei nötig, damit die Wohnungsnot in NRW schnell und wirksam behoben werde – unter diesem Motto stand die Aktuelle Stunde, die auf Antrag der CDU-Fraktion am 15. Februar den Landtag beschäftigte.

Siegfried Zellnig (CDU) stellte fest, im Vergleich zum Jahr 1990 fehlten unverändert 400 000 Wohnungen im Lande, obwohl, wie er anerkenne, seit dieser Zeit 160 000 Wohnungen öffentlich gefördert worden seien. Zellnig fragte, warum trotz des Einsatzes von 16 Milliarden Mark keine nachhaltige Entspannung auf dem Wohnungsmarkt des Landes eingetreten sei. Seine Antwort: Das liege an der verfehlten Wohnungsbaupolitik des Landes, dessen Regierung immer noch an der alten Formel hänge: Ein Drittel öffentlich, zwei Drittel frei finanziert. Das versperre den Weg zu einer Ausweitung des Bauprogramms – in Baden-Württemberg würden mit den drei Milliarden, die in NRW aufgewendet werden, nicht 30 000, sondern 50 000 Wohnungen gebaut, betonte der Sprecher und urteilte: „Mit dem in den letzten Jahren zur Verfügung stehenden Geld (Landesmittel, Bundesmittel, Landeswohnungsbauvermögen) hätten Sie das Wohnungsbauproblem in Nordrhein-Westfalen lösen können, zumindest einer Lösung zuführen können.“

Gerd-Peter Wolf (SPD) nannte es einen „Taschenspielertrick“, zu behaupten, in Baden-Württemberg oder Bayern würden mit demselben Geld mehr Wohnungen gebaut. So werde nicht gesagt, daß NRW mit rückzahlbaren Darlehen fördere, während die anderen Zuschüsse gewährten, was sich im Barwert völlig anders darstelle. Zudem liefen dort die Programme nur, „weil die Kommunen in erheblichem Maße dazufördern“. Es sei von der CDU kein einziges neues Argument gekommen. In Baden-Württemberg

koste den Staat eine so geförderte Wohnung monatlich 416 Mark, „bei uns 186 Mark“. Da könne man nicht erzählen, mit dem gleichen Geld sei mehr zu machen. Seit Jahren gelinge es der CDU nicht, der Aufforderung seitens der SPD nachzukommen, ein konkretes Modell auf den Tisch zu legen, das die Höhe der Darlehen, Miete und Rendite beziffere – drei wichtige Eckpunkte in der Wohnungsbauförderung. Darum das Urteil: „Es geht Ihnen um Schaumschlagerei mit Blick auf den 14. Mai.“

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) diagnostizierte eine Entspannung vor allem im oberen Mietpreissegment, dennoch fehlten im Lande nach wie vor Wohnungen, zwischen 300 000 und 400 000 an der Zahl. Auch Kuhl war der Meinung, daß das Land mehr Wohnungen fördern könne und setzte die Höhe bei 70 000 pro Jahr an. Die Bundesregierung wende in diesem Jahr 2,9 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau auf, womit 130 000 Wohnungen gefördert würden: „Nehmen Sie sich daran ein Beispiel“, forderte er SPD und Landesregierung auf, „sie könnten im Wohnungsbau hier mehr umsetzen, wenn Sie endlich auch einmal das Konzept der einkommensorientierten Förderung wahr machten und nicht immer nur überwiegend nach dem sogenannten klassischen ersten Förderweg förderten.“

Gisela Nacken (GRÜNE) bezeichnete das Patentrezept des dritten Förderungswegs als „wohnungs- als auch finanzpolitischen Unfug“. Denn: „Wer soll bitteschön die Mieten zahlen, die bei diesem Modell herauskommen?“ Es würden beträchtliche öffentliche Mittel aufgewendet, aber nach zehn Jahren liefen die Bindungen aus und die öffentliche Hand müßte ein zweites Mal zahlen, um wiederum neue Bindungen zu erwerben. Das aber sei widersinnig. Aus Sicht der Grünen brauche man solche Bindungen im Interesse der Menschen im sozialen

Wohnungsbau auf Dauer. Die Wohnungsnot verfestige sich gerade im unteren Einkommensdrittel, dort kämen Neubaumaßnahmen des ersten oder des zweiten Förderungsweges nicht an: „Hier fehlt es an wirkungsvollen Maßnahmen im Wohnungsbestand und im Belegungsrecht.“ Gerade im Belegungsrecht zögere die Ministerin die erforderlichen Maßnahmen hinaus.

Bauministerin Ilse Brusis (SPD) äußerte Verständnis dafür, daß der Opposition die Erfolgsbilanz der nordrhein-westfälischen Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre nicht gefalle, aber es stehe nun einmal fest: „Nordrhein-Westfalen ist führend im sozialen Wohnungsbau, und zwar sowohl im Bestand wie auch in den Förderleistungen der letzten Jahre.“ An Rhein-Ruhr gebe es 42 Prozent des Sozialwohnungsbestands in den alten Bundesländern; im vergangenen Jahr seien 3,1, im Jahr davor 3,4 Milliarden Mark für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben worden, damit halte das Land im Ländervergleich Platz 1. Solange sie Ministerin sei, werde in der Wohnungsbauförderung an bestimmten wohnungspolitischen Zielen festgehalten; der Staat habe in erster Linie für einkommensschwache Haushalte zu sorgen. Und da müsse man mit einer bestimmten Fördersumme einsteigen, um die Mieten auf ein verträgliches Maß herunterzubventionieren.

Klaus-Dieter Völker (CDU) plädierte dafür, die Zahlenspielerien zu lassen und mehr Wohnungen zu bauen. Dabei seien die „ideologischen Scheuklappen“ abzulegen und neue Wege zu erproben, die sich schon in anderen Ländern bewährt hätten. Die Verantwortung liege allein beim Land, das mit seinen „horrenden“ Mitteln einfach nicht genug ausrichte.

Brigitta Heemann (SPD) wies auf die Leistungsbilanz von 420 000 im Land gebauten Wohnungen hin (160 000 davon Sozialwohnungen, Mietwohnungen und Eigenheimförderung). Die Ministerin habe ein gutes Programm vorgelegt, die Wohnungsbauförderungsanstalt sage voraus, daß schon im nächsten Jahr der Fehlbestand 280 000 Wohnungen betragen werde. Das sei immer noch zu viel, aber es zeige, daß der Abbau des Fehlbestands wesentlich vorangehe.

Wolfgang Jaeger (CDU) hielt der Ministerin vor, trotz aller schönen Programme habe sie nichts bewegt, der Fehlbestand sei derzeit genauso groß wie zu Beginn ihrer Amtszeit. Man habe falsche Prioritäten gesetzt und statt zu klotzen „gekleckert“. Im Lande liege die zur Verfügung stehende durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner mit 34,8 Quadratmeter unter dem Durchschnitt und am Ende der Rangfolge der westlichen Flächenländer.

Daniel Kreutz (GRÜNE) meinte zum Thema Wohnen im Alter, daß die Landesregierung entgegen den erklärten Wünschen vieler Menschen immer noch zu viel Geld in die Förderung von Heimplätzen in Alters- und Pflegeeinrichtungen stecke. Sie plane, künftig jeden vierten Menschen über 80 in einer Großeinrichtung unterzubringen.



Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank (WestLB, Bild), hat als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß III (Vorsitzender Dr. Dieter Haak, SPD) ausgesagt, der die Vorgänge um den Milliardenkonkurs des Sportbodenherstellers Balsam durchleuchten soll. Dabei nannte Neuber den Verlust der Bank durch den Firmenzusammenbruch zwar einen der größten Verluste, den die WestLB erlitten habe, eine interne Sonderprüfung habe jedoch ergeben, daß die verantwortlichen Mitarbeiter des Hauses nicht fahrlässig gehandelt hätten. Die Bank habe sich auf die Angaben der Wirtschaftsprüfer verlassen, bei Balsam als einer „guten Adresse“ habe man keinen Anlaß zu besonderem Mißtrauen gehabt.

Foto: Schälte

Über Notwendigkeit eines länderübergreifenden „Hochwassermanagements“ einig

Ganzes Bündel von Maßnahmen soll Auswirkungen der Flut eindämmen

Versäumnisse beim ökologischen Hochwasserschutz haben Sprecher der Opposition der Landesregierung vorgehalten. In der Plenardebatte am 17. Februar wurde gefordert, die staatlichen Hilfsmittel unbürokratisch und schnell den betroffenen Flußanliegern zugute kommen zu lassen. Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Antrag (Drs. 11/8420 neu) wurde angenommen, abgelehnt wurden die Anträge der Grünen (Drs. 11/8422) sowie die Entschließungsanträge von CDU (Drs. 11/8490) und F.D.P. (Drs. 11/8495).

Bernd Flessenkemper (SPD) meinte, das zweite „Jahrhunderthochwasser“ innerhalb von 13 Monaten habe deutlich gemacht, daß Vorsorge- und Schutzmaßnahmen dringend diskutiert werden müßten. Dabei sei festzuhalten, daß Nordrhein-Westfalen allein nicht in der Lage sei, auf dem eigenen Gebiet alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die würden zwar ergriffen, aber ohne die Mitwirkung von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, von Frankreich und der Schweiz sei das erforderliche länderübergreifende Hochwassermanagement nicht zu erreichen. „Für uns ist eine ökologische Zukunftsplanung für den Rhein auf seiner gesamten Länge unverzichtbar“, sagte der Sprecher und forderte die Bundesregierung auf, die Initiative zu ergreifen. Selbstkritisch sei aber zu fragen, ob alle Beteiligten, Land oder Kommunen, in der Vergangenheit dem Hochwasserschutz die notwendige Bedeutung beigemessen haben.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) sah in der Zunahme der Niederschläge und der Verschiebung der Hochwasser vom Frühling in den Winter Hinweise auf mögliche Vorboten eines Klimawandels. Darum sei die Schlußfolgerung: Klimaschutz ist auch Hochwasserschutz. Die Braunkohle aus dem Tagebau Garzweiler II werde diesen Klimawandel noch verstärken, darum paßten seine Genehmigung und ein ökologischer Hochwasserschutz nicht zusammen. Weiter beizutragen hätten nachhaltige Forstwirtschaft und ein Umsteuern in der Landwirtschaft; auch die Bodenversiegelung müsse ein Ende haben. Für Bauvorhaben in überschwemmungsgebieten fordere ihre Fraktion ein fünfjähriges Moratorium. Weil alles nur im gesellschaftlichen Konsens zu erreichen sei, müsse über die notwendigen Koordinierungsmaßnahmen hinaus ein Runder Tisch gebildet werden.

Heinrich Kruse (CDU) warf dem Umweltminister vor, seine Umweltpolitik im Februar 1995 konzentrierte sich auf „populistische und öffentlichkeitswirksame Public relations“. Kruse kritisierte den Rückgang der Landesmittel für Deichsanierung und hielt nichts davon, den Landwirten, die an der Versiegelung der Landschaft nicht beteiligt gewesen seien, die wirtschaftlichen Folgen allein aufzubürden. So werde ein Auenkon-



Land unter — diese Feststellung betraf zum zweitenmal in 13 Monaten die durch das erneute „Jahrhunderthochwasser“ betroffenen Anlieger des Rheins: Hier eine Szene vor dem Bonner Bundeshaus.

Foto: Schälte

zept in Auftrag gegeben, „ohne den direkt Betroffenen zu sagen, wer das finanzieren soll und wie das finanziert werden soll“. Der Rückgang der Mittel stehe in einem offenkundigen Gegensatz zur Behauptung des Ministers, NRW habe seine Hausaufgaben in Sachen Hochwasserschutz gemacht. Kurzfristig schlage seine Fraktion den Bau neuer und die Sanierung alter Deiche vor, die staatlichen Hilfsgelder für die Hochwasserschädigten seien schnell und unbürokratisch zu vergeben, Flächen seien zu entsiegeln, zusätzliche Überflutungsräume zu schaffen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Fließgeschwindigkeit der wichtigsten Flüsse reduzieren.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) wollte nicht verkennen, daß in NRW mehr als in anderen Bundesländern in Sachen Hochwasserschutz geschehen sei, aber man dürfe nicht wie die SPD den Eindruck zu erwecken versuchen, „als habe das Land bereits alles getan und nur der Bund sei für eine Hochwasserkatastrophe verantwortlich“. Die Länder hätten eine „ganz spezielle Eigenverantwortung“, weil Hochwasserschutz Ländersache sei. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern und dem Bund sei zuerst eine fundierte Ursachenanalyse zu betreiben, dann müsse „aktiv, solidarisch und abgestimmt versucht werden, die Auswirkungen der Flut am gesamten Flußlauf möglichst gering zu halten. Deshalb ist ein gemeinsames Vorsorgekonzept am gesamten Flußlauf wichtig“. Es sei zudem richtig und wichtig, daß den betroffenen Bürgern finanziell geholfen werde, das Land solle überprüfen, ob die Gelder, die sie den Kommunen zur Verfügung stelle, nicht bei den Kommunen bleiben, sondern tatsächlich den Bürgern zufließen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD)

nannte die parlamentarische Initiative der CDU einen „Antrag zur Überschwemmung der Umweltministers Klaus Matthiesen mit falschen Behauptungen“. Das Land habe längst den Weg eines ökologischen Hochwasserschutzes beschritten, seit 1990 sei das Gesamtkonzept Rhein in Arbeit, die Sanierung von 40 Deichkilometern mit Gesamtkosten von 147 Millionen Mark sei eingeleitet. Alte Rückhalteräume würden erhalten, neue geschaffen, dabei gehe es um 2800 Hektar. Der Minister nannte weitere Maßnahmen, mit denen das Gewässerrenaturierungsprogramm umgesetzt und die Gewässer renaturiert werden sollen. Hochwasserschutz als Schutz von Menschen und Gütern sei kontinuierlich zu betreiben, unabhängig von den aktuellen Hochwasserereignissen. Dafür seien die Verantwortlichen zu unterstützen, auch wenn die Wasserwellen wieder abgelaufen seien.

Heinrich Meyers (CDU) wandte sich dem Deichschluß im Bereich der Bieslicher Insel zu und verteidigte die rheinnahe Lösung als den besten Schutz für die Menschen in einem Gebiet, das durch Bergsenkungen in Folge des Salzabbaus gekennzeichnet ist. In dieser Frage kennzeichne die Haltung des Umweltministers als „Verbohrtheit und Besessenheit“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) meinte zum Problem der Hilfsmaßnahmen, das Land könne natürlich nicht wie eine öffentlich-rechtliche Versicherung Schadensersatz leisten. Die Kommunen seien in ihrer Entscheidung bei der Auszahlung der „Verstärkungsmittel“ des Landes frei und nicht an vorgegebene Richtlinien gebunden. Sie sollten in der Lage sein, denen etwas zu zahlen, die in Not seien, ob es sich dabei nun um eine Privatperson oder einen Gewerbetreibenden handle. Von den zur Verfügung gestellten fünf Millionen sei im letzten Jahr nur die Hälfte abgeflossen, das solle sich diesmal nicht wiederholen. Bei diesem Verfahren müsse man in Kauf nehmen, daß vor Ort unterschiedlich entschieden werde, aber wenn dies nach dem gesunden Menschenverstand ablaufe, sei nichts dagegen einzuwenden.

Ludgerus Hovest (SPD) sah den Streit um einen rheinernen oder -nahen Deich im Bereich des Salzbergbaus als beigelegt an. Noch besser als in Kohlenenungsgebieten sei der Deichbau am Niederrhein zu beherrschen. Aber es dürfe nicht 30 Jahre dauern, bis dort etwas passiere.

Siegfried Martsch (GRÜNE) verlangte einen gänzlich anderen Kurs im Bereich Versiegelung und Landwirtschaft. Dazu gehöre auch ein Umdenken in der Energiepolitik.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) forderte die Landesregierung auf, sich nach den Erfahrungen der letzten Flut darum zu kümmern, wo die staatlich zur Verfügung gestellten Mittel landen oder ob sie wieder in den Kommunen „versickern“.

Heinrich Kruse (CDU) vermißte ein Eingehen der SPD auf das Problem des Rückgangs der Deichbaumittel: Darauf habe man sich nicht eingelassen; „Lobhudeleien“ aber zum Thema Hochwasserschutz hülften nicht weiter.



Regenwasser wird sofort der Natur zurückgegeben

In zweiter Lesung hat der Landtag am 16. Februar mit den Stimmen der SPD gegen das Votum von CDU und Grünen sowie bei Enthaltung der F.D.P. das Gesetz zur Anhörung und Ergänzung wasser- und verbandsrechtlicher Vorschriften (Entwurf der Landesregierung, Drs. 11/7653) in Form der Beschlußempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 11/8440) verabschiedet. Der Entwurf der CDU (11/6812) wurde ebenso abgelehnt wie ihr Änderungsantrag (Drs. 11/8481).

Johannes Gorlas (SPD) stellte fest, das Landeswassergesetz von 1977, in dem die unterschiedlichen Erfordernisse miteinander verzahnt und rechtlich geregelt worden seien, habe sich bewährt und habe als eine wichtige Leitlinie für die Entwicklung der Wasserwirtschaft gedient. Der Zustand der Gewässer habe sich deutlich verbessert, in einem dicht besiedelten, hochindustrialisierten Raum habe man viel erreicht und könne darauf gemeinsam stolz sein. Ein wichtiges Problem sei nach wie vor die Behandlung des Niederschlagswassers, die mit der Novelle grundsätzlich anders geregelt werde: „In Zukunft gilt der Grundsatz, daß Regenwasser, soweit es seine Beschaffenheit zuläßt, vor Ort zu versickern, zu verrieseln oder in ein Gewässer einzuleiten ist, also sofort der Natur zurückgegeben wird.“ Das sei ökologisch sinnvoll und in der Lage, die Investitionskosten für Kanäle und Kläranlagen zu senken. Ein weiterer Gesichtspunkt sei die höhere Belastung versiegelter Flächen, sie belasteten die Gewässer viel stärker als etwa Ackerböden oder der Wald, das müsse sich in der Kostenaufteilung niederschlagen. Die Wasserverbände könnten nun das kaufmännische Rechnungswesen einführen und die Beiträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ermitteln.

Eckhard Uhlenberg (CDU) betonte, daß die Initiative zur Änderung der Wassergesetze von seiner Fraktion ausgegangen sei, um eine wirkungsvollere Abwasserbeseitigungspolitik und einen Abbau zu hoher Ge-

Die Kulturausschußvorsitzende des nordrhein-westfälischen Landtags, Hildegard Matthäus (CDU, r.) hat in Vertretung der Landtagspräsidentin den Vorsitzenden des Ausschusses für Schulwesen, Wissenschaft, Jugend, Kultur und Sport der Republik Tschechien, Frantisek Kožel (2. v. l.), zu einem Meinungsaustausch empfangen. An dem Gespräch nahmen von tschechischer Seite auch Ludvik Kummer (2. v. r.) und für den nordrhein-westfälischen Sport Uwe Herder (SPD, l.) teil.

bühren zu erreichen. Er kritisierte, daß die Erstattung der nun wegfallenden Kleinleiterabgabe erst ab 1994 und nicht, wie von der CDU gefordert, ab 1992 erfolgen solle und sagte Schwierigkeiten bei der Umsetzung der höheren Belastung versiegelter Flächen voraus. Zum Schluß warnte er davor, daß sich die Landesregierung wieder aus der Verantwortung für die Gewässerunterhaltung zurückzieht und hielt es für notwendig, die Mittel für die Gewässerunterhaltung im Lande wieder aufzustocken.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) war auch dafür, die Kleinleiterabgabe ab 1992 zu erstatten, hier stehe die Glaubwürdigkeit von Politik auf dem Spiel; es sei nur recht und billig, ein den Bürgern gegebenes Versprechen einzulösen. Darum werde seine Fraktion dem Entwurf der Landesregierung nicht zustimmen, sondern sich enthalten.

Siegfried Martsch (GRÜNE) sah in der Novelle nur die „konsequente Fortsetzung der in Bonn beschlossenen Beschleunigungsgesetze“. Durch Formulierungsänderungen werde letztlich die Verantwortlichkeit spezieller Behörden unterhöhlt und „der willfähigen Behandlung strittiger Probleme Vorschub geleistet“. Martsch: „Letztlich werden mit der Verabschiedung des Gesetzes nur die Voraussetzungen geschaffen, um Bestehendes aushebeln zu können, ohne die vermutlich hinter verschlossenen Türen längst ausgehandelte Neuorganisation auf den Tisch zu legen.“

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) nannte als Ziele des Gesetzes die Deregulierung und stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips bei der Abwasserbeseitigung. Eine weitere wichtige neue Vorschrift sei die Verpflichtung zu einer möglichst ortsnahe Beseitigung von unbelastetem Niederschlagswasser. Wenn das Land immer stärker gehalten sei, EG-Recht bloß

umzusetzen, dann hänge das mit der Unterschrift des Bundeskanzlers unter den Maastrichter Vertrag zusammen. Sich vorzustellen, NRW könne die Umsetzung europäischen Rechts durch die Einbeziehung eines Landtagsausschusses verhindern, sei geradezu absurd.

CDU fordert Analyse der Gesamtschule

Eine „vorurteilsfreie, unabhängige und repräsentative Untersuchung der realen Situation der Gesamtschule in NRW“ will die CDU mit ihrem Antrag „Pädagogischer Offenbarungseid für NRW-Gesamtschul-Konzept“ (Drs. 11/8419) erreichen, der nach Erörterung vom Plenum am 16. Februar an den Schulausschuß überwiesen worden ist.

Norbert Giltjes (CDU) hielt der SPD vor, es sei ihr offensichtlich unangenehm, „im täglichen Umgang mit den Problemen im wahrsten Sinne des Wortes die Fragwürdigkeit des Systems zu erfahren“. Aber auch „im Jahre 26 nach Gründung der Gesamtschule“ dürften die pädagogischen Fehlentwicklungen und Verfallserscheinungen nicht vertuscht und verschleiert werden.

Gisela Gebauer-Nehring (SPD) betonte, die augenblicklichen Anmeldeverfahren zeigten, „daß Gesamtschulen von Eltern außerordentlich nachgefragt werden“. 25 Jahre Gesamtschule in NRW seien 25 Jahre CDU-Attacken gegen Gesamtschule. Dabei habe die Union neue Helfer gewonnen: anonyme Lehrerinnen und Lehrer. Anonym lasse es sich eben leichter diffamieren.

Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) meinte, nun seien nach dem Unternehmensberater auch die Praktiker zu dem Schluß gekommen, daß die Gesamtschule teuer und ineffizient sei. Es müsse ein Moratorium zum Nachdenken geben, wer die öffentliche Diskussion nicht zur Kenntnis nehme, der sei „verbohrt“.

Brigitte Schumann (GRÜNE) sah als erwiesen an, daß das gegliederte Schulwesen keine Chancengleichheit herstellen könne, sondern an „Demokratiedefizit“ kranke. Wer jedoch Kritik an der Gesamtschule wegwische, der sei ebenso ihr Feind wie der, der sie abschaffen wolle.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) kritisierte die Anonymität der Kritiker: Das mache den angebotenen Dialog mit ihnen unmöglich. Nach 20 Jahren Streit wäre es vielleicht das Beste, die Eltern entscheiden zu lassen, auf welche Schule sie ihr Kind schicken wollen.

Akteneinsichtsrecht

In einem Gesetzentwurf (Drs. 11/5387) haben die Grünen ein Umweltinformations- und Akteneinsichtsrecht für das Land gefordert. In zweiter Lesung wurde der Entwurf abgelehnt. Dabei machte die SPD-Sprecherin Gabriele Gorcitzka darauf aufmerksam, daß es nach der EG-Vorschrift von 1990 inzwischen ein Bundesgesetz gebe, das diesen Fragenkomplex regelt. Dem stimmte für (weiter nächste Seite)

Lob für Bericht zur Gesundheit der Kinder im Lande

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 9. März gratulierte die stellvertretende Vorsitzende Heidi Busch (CDU) im Namen des Ausschusses dem Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) nachträglich zu dessen 60. Geburtstag. Sie verband damit den Dank für die Art und Weise seiner Leitung, die maßgeblich dazu beigetragen habe, daß die Fraktionen im Interesse der gemeinsamen Sache häufig zu einvernehmlichen Beschlüssen gekommen seien.

In Anwesenheit des Vorsitzenden des Vereins „Psalm 23“ (Aachen), Stefan Schepers, diskutierte der Ausschuß Hilfen zur Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen in den Jugendgefängnissen in St. Petersburg. Schepers erläuterte, daß die Haftbedingungen trotz zahlreicher Hilfen noch immer unmenschlich seien. Man müsse den Verantwortlichen deutlich machen, daß „Kinder nicht wie Vieh eingesperrt werden dürften“. Wichtig sei vor diesem Hintergrund vor allem der gegenseitige Austausch auf der politischen Ebene; bisherige Besuche von Verantwortlichen hätten in diesem Sinne immer etwas bewirkt. Konkrete Hilfestellung ist bei der Einrichtung einer Sportanlage sowie einer Ausbildungswerkstatt für die Jugendstrafanstalt gefragt. Der Ausschuß sagte zu, hier nach Möglichkeiten und Sponsoren zu suchen.

Im weiteren Verlauf beendete der Ausschuß seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU „Gewalt in Tageseinrichtungen für Kinder verhindern“ (Drs. 11/7291). Antonius Rösenberg, Sprecher der CDU-Fraktion, erinnerte noch einmal an die breite Diskussion der Thematik „Gewalt in der Gesellschaft“, die nicht nur im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie stattgefunden habe. Die Gewalt in Kindertageseinrichtungen sei bei diesen Beratungen ein wenig zu kurz gekommen; dies sei Anlaß für den vorliegenden Antrag gewesen. Im Hinblick auf die geführte Debatte schlage er dennoch vor, den Antrag für erledigt zu erklären. Diesem Verfahren stimmten die übrigen Fraktionen zu. Erika Rothstein (SPD) regte an, das Thema erneut aufzugreifen und möglicherweise dann auch mit Erzieherinnen zu diskutieren. Zum Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur „Gesundheit der Kinder in Nordrhein-Westfalen“ gab Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender einen Überblick: Neben den Handlungskonzepten und Perspektiven der Landesregierung enthalte der Bericht einen durch einen Gutachter erstellten Teil zur gesundheitlichen Lage der Neugeborenen und Säuglinge, der Vorschul- und der Schulkinder. Ferner informiere er über das Angebot und die Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung, der Auswirkung von Umweltbelastungen auf die Gesundheit sowie über altersübergreifende Themen wie etwa Gewalt gegen Kinder und sexuellen Mißbrauch. Im Ergebnis sei — soweit der Bericht Vergleiche mit anderen Bundesländern oder der Bundesrepublik zulasse — festzustellen, daß sich NRW hinsichtlich einzelner gesundheitlicher Probleme und Krankheiten nicht von anderen Regionen unterscheide.

Im Rahmen der bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Programme und Maßnahmen erinnerte er an die Interventionskampagne der Landesregierung mit Empfehlungen zu Betreuung von Säuglingen, die zu einem Rückgang des plötzlichen Säuglingstodes um rund 50 Prozent geführt hätten. Abschließend dankte Bodenbender dem Parlament und vor allem der Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beate Scheffler, die mit ihrem entsprechenden Antrag — Drucksache 11/4786 — die Initiative zu diesem Bericht entwickelt habe. Beate Scheffler bedankte sich für den ihrer Einschätzung nach sehr informativen und umfassenden Bericht der Landesregierung. Zu kurz gekommen seien ihr dabei aber Aussagen zur Vermeidung von Umweltschäden oder zu den Auswirkungen von Altlasten. Auf ihre Frage nach einer möglichen Konkretion und Weiterschreibung des Berichts hin machte Bodenbender deutlich, daß geplant sei, den Bericht in die formalisierte Gesundheitsberichterstattung zur Vorbereitung der Landesgesundheitskonferenzen einzuordnen. Beispielhafte Projekte von Kommunen im Rahmen der Gesundheitsprävention, nach deren Berücksichtigung Erich Heckelmann gefragt hatte, würden in einen Modellversuch zur Erprobung der Leitlinien für eine Reform der Gesundheitsämter einbezogen.

Georg Gregull (CDU) gab zu bedenken, daß Nordrhein-Westfalen trotz der sicher positiven Entwicklungen bei der Säuglingssterblichkeit an drittletzter Stelle im Ländervergleich liege. Es müsse darum gehen, alles für eine weitere Verbesserung der Situation zu tun.

Ruth Witteler-Koch, Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, regte an, bei einer Fortschreibung auf die „Semantik“ zu achten; ihre Kritik richtete sich gegen eine Formulierung im Gutachten des Berichts. Im Hinblick auf den Bereich der gesundheitlichen Prävention

Akteneinsichtsrecht

Fortsetzung von Seite 18

die CDU Dr. Annemarie Schraps zu: Das Bundesgesetz gewähre jedem Bürger den Zugang zu allen Informationen. Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) meinte, das auf Landesebene geforderte Akteneinsichtsrecht gehe so weit, daß selbst die Grünen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit geäußert hätten. Für die Grünen erklärte Gerd Mai, das Land habe sehr wohl die Möglichkeit, mehr zu tun als die Bundesregierung.

Stadtkernerneuerung

Die 1987 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Historische Stadtkerne“, der 34 Städte des Landes angehören, hat im Landtag auf einer Sitzung für ihre Arbeit geworben und auf ihre Arbeitsergebnisse aufmerksam gemacht. Bei dieser Gelegenheit lobte Vizepräsident Ulrich Schmidt (SPD) die Arbeitsgemeinschaft (Vorsitzender ist der ehemalige Landtagsabgeordnete und Lemgoer Bürgermeister Reinhard Wilmbusse) als „Topadresse für informative und innovative Interessenvertretung seiner Mitglieder“, die auch dazu beitrage, daß im Lande und darüber hinaus die herausragenden Zeugnisse des mittelalterlichen Städtebaus bekanntgemacht würden. Es wurde auch ein Buch über „Neues Bauen in historischer Umgebung“ vorgestellt; außerdem berieten die Mitglieder die Bildung von Regionalgruppen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft.

verwies sie auf entsprechende Maßnahmen etwa in der Zahnheilkunde in der früheren DDR; in diesem Zusammenhang bedauerte sie, daß solche Maßnahmen nach der „Wende“ nicht fortgesetzt worden seien.

Korruption...

Fortsetzung von Seite 5

len Spitzenverbände wies Birgitt Collisi auf die Sensibilisierung der Kommunalverwaltungen in Hinblick auf Korruption hin; es sei aber schwierig, effektive Instrumentarien zur Verhütung zu entwickeln, „die von vornherein jede Form von Bestechlichkeit ausschließen“. Nur ein verschwindend geringer Teil der bei Städten und Gemeinden Beschäftigten sei in Korruptionsermittlungsverfahren verstrickt, das lasse eigene gesetzliche Maßnahmen nicht als erforderlich erscheinen. Statt dessen seien die vorhandenen Präventionsmechanismen in Städten und Gemeinden zu vervollkommen, oder — wenn nicht vorhanden — zu schaffen. Auf keinen Fall dürfe es zu Zeiten knapper öffentlicher Kassen zu einer Einschränkung der Kontrollen kommen. Collisi schlug vor, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und die Abschaffung steuerlicher Begünstigungen auf eine stärkere Sensibilisierung auch in der Wirtschaft hinzuwirken.



Der Beauftragte der estländischen Regierung für den gesamten Außenhandel des baltischen Staates, Tõnnu Tillart (2. v. r.) ist vom SPD-Landtagsabgeordneten Bodo Hombach (2. v. l.) im Landtag zu einem Gespräch empfangen worden. Links im Bild Frank von Auer, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, rechts der Abgeordnete Günter Weber (SPD).
Foto: Schälte

Konzept Modernisierung der NRW-Verwaltung

SPD und F.D.P. für Entwurf der Projektgruppe

Unter Leitung des Vorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD) beriet der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform am 8. März den Entwurf der Projektgruppe für einen fraktionsübergreifenden Antrag „Konzeption für die Modernisierung der Verwaltung in NRW“ (Vorlage 11/3707). Nach der Beratung erklärten SPD und F.D.P. ihre Anträge für erledigt und stimmten dem Entwurf zu. CDU und Grüne enthielten sich der Stimme. Ihre Anträge „Umfassende Überprüfung des Aufgabenbestands“ (CDU) und „Verwaltungen im Dienst der Bürgerinnen und Bürger“ sowie „Reform der Verwaltungsstruktur zur Frauenförderung nutzen“ (GRÜNE) wurden vom Ausschuß abgelehnt.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) machte deutlich, daß das Papier eng an dem ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion orientiert und zu sehr von betriebswirtschaftlichem Denken geprägt sei. Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte dürfe nicht zum bestimmenden Faktor der Reform werden. Demgegenüber kämen Fraueninteressen und Bürgerorientierung zu kurz. Den Begriff der Kundenorientierung lehne sie ab.

Marianne Hürten (GRÜNE) bemängelte, daß der Frauenausschuß nicht frühzeitig genug beteiligt worden sei. Inhaltlich seien konkretere Vorschläge zur Überwindung von Frauendiskriminierung im öffentlichen

Dienst vonnöten. Franz-Josef Britz (CDU) lobte zwar den Versuch der Projektgruppe, in der Frage der Verwaltungsreform Konsens zwischen den Parteien herzustellen, letztlich sei für die CDU aber eine Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner nicht zufriedenstellend. Insbesondere bei den aus CDU-Sicht wichtigen Fragen zur Zukunft der Mittelbehörden, Verschlingung der Ministerien und Aufgabenkritik seien die Projektgruppenvorschläge zu wenig konkret. Dr. Achim Rohde verdeutlichte für die F.D.P., der Reformprozeß brauche eine breite parlamentarische Unterstützung. Wichtige F.D.P.-Positionen seien in dem Entwurf enthalten.

★

Johannes Pflug und Stefan Frechen (beide SPD) erklärten sich im wesentlichen einverstanden. Aus Sicht der SPD seien die Positionen aller Parteien berücksichtigt worden. Johannes Pflug schlug vor, den Antrag der Öffentlichkeit als gemeinsames Ergebnis des Ausschusses vorzustellen. Mit kleineren Änderungsvorschlägen seitens Dr. Achim Rohde und Johannes Pflug wurde daraufhin der Entwurf zur Abstimmung gestellt und von SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung von CDU und Grünen angenommen.

Der Antrag enthält einen Allgemeinen Teil zu den Reformgründen und zur Funktion und Rolle der Landesverwaltung im demokratischen Rechtsstaat.

Als globale Zielsetzung ist die lernende, zur Selbstinnovation fähige, schlanke, effektive und effiziente Verwaltung genannt.

Zu den Erfolgsbedingungen des Reformprozesses gehören Information und Transparenz und damit eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Es sei außerdem erforderlich, eine gemeinsame klare Orientierung über das Ziel der Reform zu entwickeln. Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung solle ein umfassendes Leitbild entwickelt werden. Die notwendigen Änderungen sollten auf der Basis partizipativ angelegter Organisationsentwicklungsprozesse und gleichberechtigt mitgestaltender Teilhabe von Frauen in hierarchieübergreifenden Projektteams angesteuert werden. Besonders den Entscheidungsträgern müsse die Unausweichlichkeit der Reform präsent sein.

Das Teilziel „verbesserte Steuerung“ soll durch verstärkte Kunden- und Bürgerorientierung, Mitarbeiterorientierung, Kooperationsorientierung und Neue Steuerungsinstrumente verwirklicht werden. Als Leitlinien der Verwaltungsmodernisierung werden Dezentralisierung, Dekonzentration, Delegation und Deregulierung genannt. Kundenorientierung müsse in der öffentlichen Verwaltung differenziert betrachtet werden. In jedem Fall hätten das Gemeinwohl und der Ausgleich von Einzelinteressen im Vordergrund zu stehen.

Was die Erprobung neuer Steuerungsmodelle angeht, so soll für jede Verwaltungsebene und Behörde individuell entschieden werden, in welcher Ausgestaltung dies erfolgen kann. Als Bausteine werden dabei Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung, Budgetierung, Führen aufgrund politischer Leitlinien bzw. Zielvereinbarungen und Controlling bezeichnet.

Gefordert wird außerdem ein besseres Personalmanagement, welches sich insbesondere durch eine vorausschauende und transparente Personalentwicklungsplanung auszeichne. Ein modernes Personalmanagement müsse darüber hinaus auch die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern berücksichtigen.

Behördenaufbau- und Ablauforganisation sollen auf der Basis folgender Reformeckpunkte überprüft werden: Verschlingung der obersten Landesbehörden und Verzicht auf Vollzugsaufgaben; Reduzierung von Landesober-/Sonderbehörden auf ein unabdingbares Minimum; Stärkung der Bündelfunktion in der Mittelinstanz; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; Straffung der Verfahrensabläufe, Abbau von Kompetenzüberschneidungen und Doppelarbeit.

Sachverständiger im Ausschuß Mensch und Technik

Zieht die deutsche Zukunft aus?

Der Ausschuß „Mensch und Technik“ hatte am 10. Februar Sachverständige zu drei Fragekomplexen bei der Entwicklung der Gentechnologie eingeladen. Dr. Ulrich Dolata (Hamburger Institut für Sozialforschung) trug zur Internationalisierung als Unternehmensstrategie in der Pharmaindustrie vor. Erste Folgerungen aus dem vom Arbeitskreis Technikfolgenabschätzung und -bewertung des Landes NRW (AKTAB) durchgeführten Workshop zu „Stand und Perspektiven der Technikfolgenabschätzung der Gentechnik“ zogen Prof. Simonis, Prof. Gethmann und Dr. Bröchler. Gentechnik aus der Sicht des Risk-Managements stellte Christian Brauner (Schweizer Rückversicherung) dar.

Dr. Ulrich Dolata beleuchtete die Frage, ob die Industrie, speziell die Gentechnik, aus der Bundesrepublik abziehe — provokant zugespitzt: „Zieht die Zukunft aus?“ Seinen Ausführungen lagen Beobachtungen hinsichtlich des internationalen Engagements der großen deutschen Pharmaunternehmen im Gentechnikbereich zugrunde. Das internationale Gentechnikengagement vollziehe sich einerseits durch den Rückgriff auf Forschungs-Know-how und -ressourcen z. B. aus den Vereinigten Staaten und andererseits durch die Konzentration unternehmerischer Strategieansätze auf die Internationalisierung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Unstrittig sei ein starkes gentechnisches Engagement deutscher Unternehmen im Ausland, umstritten sei jedoch die Erklärung für die Internationalisierung der FuE-Kapazitäten. Andererseits bleibe die Bundesrepublik trotz der Internationalisierung unternehmerischer Aktivitäten ein wichtiger Bezugspunkt sowohl für die mittelständische als auch für die Großindustrie: alle wichtigen Unternehmen unterhielten Zentrallabors, die öffentliche biotechnologische Infrastruktur bewege sich auf hohem Niveau. Die Auffächerung vollziehe sich nicht im Abbau nationaler Kapazitäten, sondern mittels der Ergänzung durch ein relativ komplexes Netzwerk internationaler Aktivitäten, die Ausdruck notwendiger Restrukturierungen im Rahmen der konzerninternen Arbeitsteilung seien. Vergleichende Untersuchungen zeigten, daß schon vor der

Novellierung des Gentechnikgesetzes keine außergewöhnlich restriktive Regelungspraxis in Deutschland vorgelegen habe. Teilweise würden sogar ein recht beträchtlicher Genehmigungsaufwand, kommunale Auflagen, stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung usw. in Kauf genommen, um in der Nähe bestimmter Forschungszentren zu sein. Folglich bildeten die Unternehmensstrategien Elemente einer internationalen Arbeitsteilung, die sich relativ unabhängig von den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in der BRD Bahn brächen. Dr. Dolata sah vier Gründe für die internationale Auffächerung der FuE-Aktivitäten: 1. forschungsstrategische Überlegungen (Spitzenforschung vor Ort, internationale Ergänzung); 2. frühzeitige Präsenz im Ausland (Einbringung in die Forschungsinfrastruktur, Kontaktpflege zu Genehmigungsbehörden, spezifische regionale Produktentwicklung, Vorreiterfunktion für künftige Marktstrategien); 3. Ausdruck bereits vorhandener Internationalisierung der Unternehmen; 4. Eigendynamik des späten Einstiegs deutscher Unternehmen in die Gentechnologie (oft überhöhte Erwartungen an Kooperationen in den USA; Engagements z. T. sachlich nicht begründet). Dr. Dolata resümierte, die internationalen Kooperationen, Firmenbeteiligungen und -aufkäufe sowie die Errichtung von ausländischen FuE-Zentren bildeten die tragenden Säulen eines über den nationalen Rahmen hinausgewachsenen Innovationsmanagements. (wird fortgesetzt)

Vor 70 Jahren starb der erste Präsident eines demokratischen Deutschland

Friedrich Ebert war ein Mann aus dem Volk

Vor 70 Jahren, am 28. Februar 1925, starb der erste Präsident eines demokratischen Deutschland an den Folgen einer Blinddarmentzündung. Seinen Zeitgenossen war bewußt, daß der Tod des 54jährigen nicht allein durch diese Erkrankung verursacht war. Als oberster Repräsentant einer ungeliebten Republik war Ebert während seiner Amtszeit ständig Zielscheibe von Verleumdungen und Beleidigungen gewesen. Insgesamt führte er 173 Prozesse um seine persönliche Ehre. Der letzte Prozeß gegen den Vorwurf eines völkischen Blattes, Ebert habe 1918 als Mitglied einer Streikleitung Landesverrat begangen, beanspruchte ihn so stark, daß er seine Erkrankung verschleppte. Zudem endete der Prozeß mit einem Eklat: Das Magdeburger Amtsgericht verurteilte den Autor des Artikels wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zwar zu drei Monaten Gefängnis, den Vorwurf des Landesverrats jedoch erklärte es im strafrechtlichen Sinne für zutreffend.

Trotz einer Ehrenerklärung der gesamten Reichsregierung, trotz scharfer Kritik renommierter Staatsrechtler und der Empörung in der Öffentlichkeit über das Urteil, mußte es Ebert, der zwei Söhne im Weltkrieg verloren hatte und zeit seines Lebens zeigen wollte, daß Sozialdemokratie und Patriotismus keine Gegensätze sind, besonders hart treffen. Das Magdeburger Urteil war Rufmord, begangen von Richtern, die ihren antidemokratischen Ressentiments einen rechtlichen Anstrich gaben. Das Urteil tat seine Wirkung: Es wirkte wie Gift.

Ein knappes Jahrzehnt lang hatte Ebert als Parteiführer der SPD, als Reichskanzler und Reichspräsident an den Schaltstellen politischer Macht gewirkt und entscheidend dazu beigetragen, daß aus dem Kaiserreich eine Republik und parlamentarische Demokratie wurde. Mit seiner Wahl zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919 durch die Nationalversammlung kam auch nach außen hin der grundlegende Verfassungswandel von der Monarchie zur Republik und parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck. Ein Mann aus dem Volk, von einfacher Herkunft, war nun das Staatsoberhaupt Deutschlands. Gerade das machte ihn bei den reaktionären Kreisen der „besseren Gesellschaft“ so verhaßt: „Der Sattler muß weg!“, wurde zum Kampfruf der Reaktion.

Freiheit und Recht

Freiheit und Recht waren für Ebert Zwillingsgeschwister. Er bestand auf Gewaltenteilung und darauf, daß eine demokratisch legitimierte Volksvertretung das maßgebende politische Entscheidungsorgan sein müsse. In diesem Sinne versuchte er, die neue Rechtsgrundlage der Weimarer Verfassung zu schützen. Der frühere Bundespräsident Theodor Heuss würdigte diese Leistung später mit den Worten: „Aus dem Nichts war ein Amt geschaffen. Da gab es keinen Vorgang: Wie ist es, Präsident einer deutschen Republik zu sein? Er selber hat dieses Amt

durch sein Menschentum geprägt, hat als des Staates erster Bürger diesem zerzausten Wort seine Weite und Würde zurückgewonnen.“

Eberts Amtszeit fiel in Jahre ausgesprochener Ausnahmesituationen: Versailler Vertrag, Dolchstoßlegende, politische Morde, Aufstände, Ruhrkampf, Inflation; die Reichsregierungen wechselten unter dem enormen innen- wie außenpolitischen Druck mehrfach. Auch die Entscheidungen Eberts werden von den Historikern sehr unterschiedlich beurteilt. Bei aller Verschiedenartigkeit der Urteile aber gibt es keinen Zweifel daran, daß sich Ebert bei gefährlicher innerer Radikalisierung mit separatistischen Bestrebungen und Putschversuchen mit ganzer Kraft dafür eingesetzt hat, die große Chance, die aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und aus der demokratischen Verfassung der Weimarer Republik entstanden war, für die deutsche Bevölkerung zu bewahren und als demokratisches Angebot weiter offenzuhalten.

Die Verleumdungskampagnen gegen Ebert, die mit der allmählichen Konsolidierung der Weimarer Republik an Bösartigkeit zulegten, machten deutlich, wie sehr sich die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland bereits wieder verschoben hatten: Nachfolger Eberts als Reichspräsident wurde ein Repräsentant des wilhelminischen Deutschland, der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. In Eberts persönlichem Schicksal deutete sich das Schicksal der ersten deutschen Demokratie bereits an. A. M./H. Z.

Probleme der kleinen Parteien mit der Fünf-Prozent-Sperrklausel

Der F.D.P.-Landesverband hat gegen den Landtag wegen der Fünf-Prozent-Sperrklausel im Paragraphen 7b Absatz 4 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ein verfassungsgerichtliches Verfahren angestrengt. Der Rechtsausschuß des Landtags hatte empfohlen, diese Verfassungsbeschwerde zurückzuweisen. SPD und CDU folgten bei der Abstimmung der Beschlußempfehlung des Ausschusses. F.D.P. und Grüne stimmten dagegen. Bei der Aussprache betonte **Michael Ruppert** (F.D.P.), es sei eigentlich nicht üblich, vor dem Landtag in der Sache überhaupt Stellung zu beziehen. Er verwies darauf, daß die Frage der Fünf-Prozent-Klausel für die Kommunalwahlen schon ursprünglich umstritten gewesen sei. 1954 sei das Landesverwaltungsgericht zu dem Ergebnis gekommen, es gebe keinen Grund für die Einführung einer Fünf-Prozent-Klausel. Im übrigen zeige ja, daß die Praxis der Länder, in denen es keine Fünf-Prozent-Klausel im Kommunalwahlrecht gebe, keinen Hinweis liefere, daß die Gründe, die 1957 zur Bejahung der Fünf-Prozent-Klausel geführt hätten, heute noch gelten würden. Ganz besonders gelte das allerdings, nachdem man spätestens ab 1999 ein vollständig anderes Verfahren haben werde, den Chef der kommunalen Verwaltung zu wählen, nämlich durch den Bürger. Mindestens dann gebe es überhaupt keinen Grund mehr, die Fünf-Prozent-Klausel beizubehalten. Für die Grünen fügte deren Parlamentarischer Geschäftsführer, **Dr. Michael Vesper**,

an, er möchte seine Verwunderung und sein Befremden darüber ausdrücken, daß man in diesem Verfahren gezwungen werden solle, in dieser Weise inhaltlich Stellung zu nehmen. Er sei der Meinung, daß man hier auf

eine Stellungnahme verzichten und dem Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen die Entscheidungskompetenz allein aufgrund der Aktenlage und der mündlichen Verhandlung zubilligen sollte.



Eine polnische Delegation von Abgeordneten und Kommunalpolitikern, die sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Düsseldorf und Henningsdorf über Wirtschaftsförderung informierte, hat auch den nordrhein-westfälischen Landtag besucht. Die Gäste aus Opole, Katowice, Dabrowa Gornicza, Baborow, Niemodlin, Wroclaw, Raciborz, Bedzin und Wilkow, wurden von Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (M.) empfangen.
Foto: Schulte

SPD-Fraktion

Einheitliche Regeln für Werkfeuerwehren

Größere Unternehmen prüfen derzeit, ob Aufgaben ihrer Werkfeuerwehren im Rahmen des sogenannten Outsourcing von Dienstleistern außerhalb des Unternehmens übernommen werden können. Dabei ist umstritten, ob das geltende Recht und die Verfassung eine solche Möglichkeit eröffnen. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion den Innenminister gebeten, Klarheit zu schaffen. „Uns geht es vor allem darum, Verzerrungen

im Standortwettbewerb zu vermeiden“, begründete Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der Fraktion, den Vorstoß der SPD. Das Thema solle auf der nächsten Innenministerkonferenz erörtert werden. Ziel sei, in den Feuerschutzgesetzen der Länder möglichst einheitliche Regelungen zu schaffen. In der neuen Legislaturperiode müsse das Feuerschutzgesetz novelliert werden. „Unser erklärtes Ziel ist es, mit einer solchen Novelle die Werkfeuerwehren als Bestandteile der Unternehmen zu sichern“, nannte Frechen einen weiteren Aspekt.

Grundsätzlich stellt die SPD-Landtagsfraktion fest, daß bei einer Novellierung des Feuerschutzgesetzes der gegenwärtige hohe Sicherheitsstandard erhalten bleiben müsse. „Die öffentlichen Feuerwehren, die Werkfeu-

erwehren und die Betriebsfeuerwehren leisten bei der Bekämpfung von Schadensfeuern sowie der Hilfeleistung bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden, Hervorragendes“, unterstrichen die Sozialdemokraten.

Die Fraktionsspitze und der Innenminister sollen baldmöglichst mit den betroffenen Gewerkschaften und den jeweiligen Unternehmensspitzen Gespräche über die mit dem Outsourcing von Werkfeuerwehren im Zusammenhang stehenden Fragen führen.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

„Zynischer Umgang mit Gesamtschulkritikern“

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, hat dem Kultusministerium „zynischen Umgang mit kritischen Gesamtschullehrern“ vorgeworfen. „Der jetzt bekanntgewordene Brief des Leitenden Ministerialrates Ulrich Schmidt mit Briefkopf des Ministeriums, der damit eine offizielle Stellungnahme darstellt, ist an Dreistigkeit und Ignoranz kaum zu überbieten. Schließlich geht es hier um Pädagogen, die mit ihrer Kritik an der Gesamtschule nur das Wohl der Kinder im Auge haben. Ich bin sehr gespannt, wie Minister Schwier als

oberster Dienstherr von Schmidt darauf reagiert.“

In diesem Schreiben an den Sprecher des Arbeitskreises Gesamtschule, Ulrich Sprenger, hatte Schmidt, im Ministerium für alle Gesamtschulen in NRW zuständig, ein Thesenpapier Sprengers zurückgesandt mit den Worten: „Betrachten Sie dies bitte als eine Art Notwehr, mit der ich mich und meine Arbeitszeit vor möglicherweise noch weiteren Überarbeitungen Ihrer hinreichend bekannten ‚Thesen‘ in Sicherheit bringen möchte.“ Der Brief endet: „Insbesondere dies veranlaßt mich zu der ausdrücklichen Bitte, mich zukünftig mit möglicherweise weiteren Versuchen Ihrer Art Wahrheitsfindung zu verschonen.“

Linssen: „In welchem Staat leben wir eigentlich, wenn Beamte auf diese Weise ihre Pflicht verletzen und sachbezogene Eingaben von

Bürgern mit einem beleidigenden Begleitschreiben einfach zurücksenden, statt sie zu bearbeiten? Diese Form des Umgangs mit Bürgern ist unerträglich. Hier erwarte ich scharfe Konsequenzen des Ministers.“

Er begrüße es ausdrücklich, daß sich weitere Lehrer namentlich zu ihrer Kritik am NRW-Gesamtschulsystem bekannt hätten, so Linssen weiter. „Nun wird es der SPD noch schwererfallen, die Kritiker als einen anonymen Haufen von gescheiterten und frustrierten Pädagogen zu diskreditieren. Weitere Fakten wurden genannt, wonach an Gesamtschulen des Landes kritische Stimmen mit Diffamierungen und Anfeindungen schlimmster Art mundtot gemacht werden sollen. Die CDU-Landtagsfraktion wird sehr genau beobachten, wie die Behörden mit diesen mutigen Lehrern umgehen.“

F.D.P.-Fraktion

Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Düsseldorf

Anfang März tagte die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der F.D.P. in Düsseldorf. Im Mittelpunkt stand die Diskussion der Medienentwicklung in Deutschland und Europa.

In Gesprächen mit dem stellvertretenden ARD-Vorsitzenden Jobst Plog, dem Intendanten des ZDF Professor Dr. Dieter Stolte, dem Geschäftsführer von RTL Dr. Helmut Thoma und dem EU-Kommissar Dr. Martin Bangemann wurden alle Aspekte der aktuellen Medienpolitik und die Chancen der sich entwickelnden Informationsgesellschaft erörtert. Die F.D.P.-Vorsitzenden

aus dem Bund und aus den Ländern forderten übereinstimmend eine Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Die Bundesländer sind aufgefordert, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen konkreten Vorschlag zu einer umfassenden Reform der ARD vorzulegen. Nach Auffassung der F.D.P. darf es dabei um die Herstellung einer größeren betriebswirtschaftlichen Effizienz gehen. Der Reformprozeß darf von keiner Seite, insbesondere aber nicht von den politischen Parteien zur Einflußnahme auf Programminhalte oder mißliebige Journalisten genutzt werden.

Ein wesentliches Ziel liberaler Medienpolitik war es immer schon, den Einfluß des Staates, der Gewerkschaften und der Parteien auf den Rundfunk zurückzudrängen. Dies gilt für die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien und damit auch für die Programmgestaltung sowie die per-

sonelle Gewichtung in den Redaktionen und den Führungspositionen. In den Landesmediengesetzen und Staatsverträgen über die Zusammensetzung der Kontrollgremien im öffentlich-rechtlichen und im privaten Rundfunk ist deshalb Staats- und Parteiferne zu fordern.

Die F.D.P. sieht bei den Gesetzesvorschriften für den privaten Rundfunk ebenfalls dringenden Reformbedarf. Die Bundesländer müssen die Aufgabe, eine funktionsfähige Medienfusionskontrolle zu schaffen, endlich in Angriff nehmen. Die Kompetenzen der Landesmedienanstalten sind zu verstärken. Die F.D.P. schlägt langfristig die Einrichtung einer Medienanstalt deutscher Länder vor, die einheitliche Zulassungs- und Kontrollkriterien gewährleistet. Neue Fernsehizenzen dürfen in Zukunft nur noch nach Offenlegung der direkten und indirekten Beteiligungen der Bewerber vergeben werden.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Landesregierung – Im Klimatest durchgefallen

Die Anhörung im Landtag „Beitrag Nordrhein-Westfalens zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat bestätigt, daß „die ergriffenen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichend sind, um zu den erforderlichen Emissionsminderungen zu führen“, so formulierte es das Klima-Institut, Wuppertal. Manfred Busch, energiepolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an die Adresse der Landesregierung: „Es reicht nicht aus, einen Klimabericht vorzulegen und dann alles laufenzulassen wie bisher. Die Ent-

scheidung für Garzweiler II ist nur das letzte Glied in einer langen Kette klimaschädlicher Entscheidungen.“

Das Wuppertal-Institut stellte fest: Bei gleichbleibendem Absatz von Braunkohle-Strom könnte Garzweiler II gar nicht rentabel sein, da durch die angekündigte Steigerung der Wirkungsgrade bei der Braunkohle-Verstromung für die gleiche Strommenge weniger Braunkohle gebraucht wird. Das zeigt: RWE will erheblich mehr Braunkohle-Strom als bisher absetzen und betreibt damit Sabotage an den Zielen des Klimaschutzes.

Insbesondere der Ausbau des Gasnetzes (90 Prozent der Neubauwohnungen werden mit Gas ausgestattet) blockiert den Einsatz der umweltverträglichen Kraft-Wärme-Kopplung, die wesentlich zur Verhinderung der Klimakatastrophe beitragen könnte. Bisher entspre-

chen nur 15 Prozent der Wohnungen dem bereits 1982 vorgeschriebenen Standard der Wärmeschutzverordnung.

Hohe Energieeinsparungen sind nicht nur notwendig und möglich, sondern rechnen sich auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten: Mit 85 bis 115 Milliarden Mark wird das Marktvolumen für Energieeinsparungstechnologie beziffert. Das Wuppertal-Institut rechnet mit einem Gesamtnutzen von rund 10 Milliarden Mark pro Jahr. Pro eingesparten 1 Millionen t SKE ergibt sich netto, also nach Abzug wegfallender Arbeitsplätze, ein Zuwachs von 3 000 Arbeitsplätzen. Träger des Klimaschutzes müssen die Kommunen werden, sie sollten mit eigenen Versorgungsunternehmen vorgehen. Heute schon werden schon 90 Prozent der Blockheizkraftwerke von solchen ökologisch bewußten Kommunen betrieben.

Nach dem Erdbeben

Japaner danken für Beistand aus Nordrhein-Westfalen

Der japanische Generalkonsul in Düsseldorf, Teruyoshi Inagawa, hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und dem Landtag den Dank des japanischen Parlaments für die Unterstützung und Anteilnahme übermittelt, die sie sowie viele Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens den Opfern der Erdbebenkatastrophe in seinem Land haben zukommen lassen.

Der Generalkonsul ließ dem Landtag gleichzeitig eine Resolution seines Parlaments, der sich der japanische Ministerpräsident Murayama angeschlossen hat, mit dem Ausdruck der Dankbarkeit für Unterstützung und Beistand seitens der internationalen Gemeinschaft nach dem großen Erdbeben im Hanshin-Gebiet zusetzen. In der Resolution heißt es u.a., das große Erdbeben, das den südlichen Teil der Präfektur Hyogo in den frühen Morgenstunden des 17. Januar stark erschüttert habe, habe eine Verwüstung unvorstellbaren Ausmaßes angerichtet. „Aus der ganzen Welt wurden uns Unterstützung und Beistand, verbunden mit Sympathiebezeugungen und aufrichtiger Anteilnahme entgegengebracht. Dieses Wohlwollen hat uns alle, die wir von dem Erdbeben heimgesucht wurden und auch davon verschont blieben, Hoffnung gegeben und die Entschlußkraft verliehen, uns aus den Ruinen zu erheben und einen neuen Anfang zu machen.“

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegele-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 30. März, um 9:15 Uhr im Raum E3 Z04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,
8842304 und 8842545, btx: *56801#, FAX
8843022

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tsochoelisch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Bärbel Höhn (GRÜNE)

Links denken und als „Reala“ handeln, diesen Spagat vollzieht Bärbel Höhn seit ihrem Einzug in den Landtag 1990. Die Fraktions-sprecherin gehört parteiintern dem „Linken Forum“ an, hat aber mit Fundamentalisten und deren konsequenter Ablehnung von Regierungsbeteiligung nichts am Hut. Im Gegenteil: Die rot-grüne Koalition nach der Landtagswahl ist ihr erklärtes Ziel. „Linkssein“ ist für Bärbel Höhn heute wichtiger denn je. Es bedeute ein deutliches Bekenntnis gegen die aggressiver werdende Ellbogengesellschaft.

Ihre politischen Wurzeln sieht die Abgeordnete in den 68er Studentenprotesten. Zu deren Hochzeit drückte sie zwar noch in einem beschaulichen Städtchen Schleswig-Holsteins die Schulbank. Doch mit dem Mathematik- und Volkswirtschaftsstudium in Kiel ging es dann ab 1971 richtig los: Teilnahme an Demos gegen den Vietnamkrieg, gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife und später dann gegen das AKW in Brokdorf. Zu den organisierten linken Studentengruppen hielt Bärbel Höhn wegen deren Intoleranz indes Abstand, trotz programmatischer Sympathie. Auch die endlosen Theorieebatten unter den Linken hatten Höhn wenig gelangweilt, stattdessen setzte sie stets auf konkrete Projektarbeit. Daß sie als Oberhausener Stadträtin mit einer Bürgerinitiative gegen die Stadt den Bau eines Kindergartens erzwang, verbucht sie bis heute als einen wichtigen politischen wie persönlichen Erfolg.

Nach Nordrhein-Westfalen kam die gebürtige Flensburgerin 1978. Als Diplom-Mathematikerin arbeitete sie im Rechenzentrum der Gesamthochschule Duisburg. 1984 kam sie über die Wählergemeinschaft Bunte Liste in den Oberhausener Stadtrat und wurde nach der Aufstellung als Direktkandidatin für die Landtagswahl 1985 Mitglied der Grünen. Der Wohnort in der Nähe einer Kokerei, die Erkrankung eines ihrer beiden Kinder beim Umzug ins Ruhrgebiet, das alles führte zu wachsendem Engagement gegen Schadstoffemissionen jeglicher Art. In der Partei profilierte sich Bärbel Höhn vor allem durch die Organisation von Widerstand gegen Müllverbrennungsanlagen. Als dann die Abfallpolitik 1990 zentrales Wahlkampfthema der Grünen wurde, wählte die Partei Bärbel Höhn zur Spitzenkandidatin. Am liebsten wäre sie mit einer reinen Frauen-Crew in den Landtag eingezogen, doch da machte die Parteibasis nicht mit. Kaum Probleme gab es hingegen nach dem knappen Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde bei der Wahl zur Fraktions-sprecherin. Zu ihrem eigenen Bedauern gelangte sie aus fraktionsinternen Gründen nicht in den Umweltausschuß, der für „ihr Thema“, die Müllverbrennung, fachlich zuständig ist. Gleichwohl ergreift sie zu dem Thema im Plenum gerne das Wort und liefert sich insbesondere mit Umweltminister Matthiesen erbitterte Wortgefechte. Der ist für die Abgeordnete ein „rotes Tuch“, an dem man sich „abarbeiten“ müsse. Ihre Ablehnung der Müllverbrennung vertritt sie kompromißloser als mancher Fraktionskollege vom „Realo-Flügel“. Insbesondere zum grünen „Medien-Star“ Michael Vesper steht Bärbel Höhn in einem latenten fraktionsinternen

Konkurrenzverhältnis. „Wir fühlen uns wie ein altes Ehepaar“, sagt die Abgeordnete augenzwinkernd. „Wir schätzen uns, aber wir lieben uns nicht.“ Gleichwohl kritisiert sie unverhohlen, daß Vesper manchmal „zu sehr an seine Person“ denke, während sie sich selbst mehr „der Gruppe verpflichtet“ fühle.

Jenseits der Umweltpolitik interessiert sich die Abgeordnete am meisten für Entwicklungspolitik. „Global denken, lokal handeln“, unter dieser Devise will sie die Weltprobleme auch zur Sache von Landespolitik machen. Nicht ohne Stolz erinnert sie daran, daß auf ihre Initiative im Hauptausschuß hin SPD-Landesregierung und SPD-Fraktion 1,5 Millionen Mark für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien bereitgestellt hätten.

Nach fünf Jahren Parlamentserfahrung glaubt Bärbel Höhn allmählich die Spielregeln zu kennen. Anfangs, so gesteht sie freimütig ein, sei sie unsicher gewesen, ob sie denn die Spitzenposition in der Fraktion überhaupt ausfüllen könne. Wegen mangelnder Erfahrung fühlte sie sich den „Altprofis“ der anderen Parteien oft unterlegen. Als Fraktions-sprecherin sah sie sich häufig zu Antworten auf nahezu alle Debattenthemen gedrängt, und dabei zwangsläufig produzierte „Sprechblasen“ liefen ihrem Anspruch auf Debattenniveau zuwider. Doch das Ausreizen der eigenen Grenzen war für Bärbel Höhn stets eine treibende Kraft. Auch das „äußerst schwere Mathe-Studium“ habe sie seiner Zeit nicht zuletzt gerade begonnen, „weil es so schwer war“.

Heute sind die Anlaufprobleme überwunden. Bärbel Höhn hat sich manchem Parlamentsritual unterworfen und wird trotz aller leidenschaftlichen und demonstrativen Widerspenstigkeit zunehmend auch von den anderen Parteien anerkannt. An ihrem Mandat reizt sie die Verknüpfung von politischer Arbeit im Parlament und dem Gespräch mit Bürgern und Bürgerinitiativen vor Ort. Am liebsten würde sie natürlich Umweltministerin werden. Doch, hier ganz als „Reala“ denkend, fügt sie hinzu: „Es gibt auch andere wichtige Positionen.“

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 18. bis 26. März 1995

18. 3. **Dr. Dieter Haak** (SPD), 57 J.
 20. 3. **Rudolf Wickel** (F.D.P.), 62 J.
 21. 3. **Horst Jäcker** (CDU), 54 J.
 23. 3. **Manfred Heinemann** (CDU), 54 J.
 23. 3. **Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.), 41 J.
 26. 3. **Irmgard Schmid** (SPD), 50 J.

★

Loke Mernizka (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses sowie Mitglied des Ältestenrates im Landtag Nordrhein-Westfalen, ist von Siegens Oberbürgermeister Karl-Wilhelm Kirchhöfer (SPD) für seine 25jährige ununterbrochene Ratstätigkeit mit dem Wappen der Stadt Siegen ausgezeichnet worden. Mernizka, seit 1980 Mitglied des Landtags, wurde 1969 erstmalig in den Rat der damals noch selbständigen Stadt Hüttental gewählt, die heute zu Siegen gehört. Von 1977 bis 1990 war er Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Siegen. Der SPD-Politiker ist bis heute Vorsitzender des städtischen Jugendhilfeausschusses sowie langjähriges Mitglied im Haupt- und Finanzausschuß.

★

Das Jahressinhaltsverzeichnis 1994 der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ ist soeben erschienen und kann bei der Redaktion des Landtags, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, bezogen werden.

★

Fritz Pleitgen ist als Nachfolger von **Friedrich Nowotny** zum neuen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks (WDR) gewählt worden. Der Rundfunkrat des WDR unter der Leitung seines Vorsitzenden, des SPD-Landtagsabgeordneten **Reinhard Grätz**, berief in Köln den 56jährigen derzeitigen Hörfunkchef des Kölner Senders für sechs Jahre an die Spitze der größten ARD-Anstalt. Pleitgen, einziger Kandidat bei der Wahl, wird das Intendantenamt am 1. Juli übernehmen. Nowotny scheidet Ende Juni aus persönlichen Gründen aus. Fritz Pleitgen, der 1938 in Duisburg geboren wurde, war zunächst für die Freie Presse in Bielefeld tätig. 1963 schloß er sich dem WDR an, wo er zunächst für die Tagesschau arbeitete. 1970 wurde er ARD-Korrespondent in Moskau, 1977 Leiter des ARD-Studios in der DDR, 1982 ARD-Studiodirektor in New York, 1988 wurde er zum Fernseh-Chefredakteur des WDR berufen, 1994 zum Hörfunkdirektor.

★

Ursula Kraus (SPD), ehemalige Landtagsabgeordnete und Oberbürgermeisterin von Wuppertal, ist neue Vorsitzende der Versammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr. Stellvertreter sind der Dortmunder Bürgermeister **Lorenz Ladage** (CDU), der Mönchengladbacher Landtagsabgeordnete **Helmut Harbich** (CDU) und der Oberhausener Bürgermeister **Wolfgang Grotthaus** (SPD). Frau Kraus leitet zugleich den Haupt- und Finanzausschuß des größten Verkehrsverbundes, dem 24 Städte und Kreise angehören.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die frühbarocke Adolfsburg in Oberhundem bei Lennestadt liegt am Rande des Rothaargebirges. Zehntausende von Touristen lassen sie bei ihrer Fahrt zu einem nahegelegenen Erlebnispark sozusagen links liegen. Dabei verdiente dieses von den Resten einer Gräfte umgebene Jagdschloß des Johann Adolf von Fürstenberg mehr als nur einen kurzen Blick durch die Autoseitenscheiben. Die Anlage wurde zwischen 1676 und 1679 errichtet und wird dem Baumeister Ambrosius von Oelde zugeschrieben, einem Angehörigen des Kapuzinerordens, der 1705 in Werne an der Lippe starb und dort begraben ist. Nachdem wertvolle Einrichtungsstücke 1902 in den Stammsitz der Familie Fürstenberg nach Schloß Herdringen bei Neheim-Hüsten verbracht worden waren, schlief die Adolfsburg einen langen Dornröschenschlaf, bis das zunehmend gefährdete Bauwerk von 1984 bis 1990 restauriert und im Inneren umfassend modernisiert wurde; es dient jetzt als Wohnanlage. Die Gesamtanlage mit Park und Garten ist nicht mehr vollständig erhalten, auf dem Grund des vorgelagerten Parks steht jetzt ein Hallenbad. Von Oberhundem aus, dem anerkannten Luftkurort, erschließen sich die wald- und wildreichen Höhen des Rothaargebirges und das dichte und gut markierte Netz von Wanderwegen des Südsauerlandes. In schneereichen Wintern laden die Loipen zu ausgiebigen Langläufen auf Skiern ein. Auch ein fast zweieinhalb Kilometer langer Abfahrtschang wartet dann auf Wintersportbegeisterte.

Foto: Kemper